

# Pöserer Zeitung.

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Inserate**

(1/4 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum;  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 3. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-  
ruht: Dem Stadtgerichtsrath und Sportelrevisor Bahr in Berlin den  
Charakter als Rechnungsrath zu verleißen.

Der bisherige Kreisrichter Bergmann in Dranienburg ist zum Rechts-  
anwalt bei dem Kreisgericht in Spandau und zugleich zum Notar im Departement  
des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Spandau,  
ernannt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist gestern  
nach Angermünde und Prenzlau abgereist.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst zu Salm-Horstmar,  
von Coesfeld; der Fürst zu Carolath-Beuthen, von Carolath.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 123. Königl. Klassen-  
lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 20,374. 2 Gewinne zu  
2000 Thlr. fielen auf Nr. 34,776 und 68,863.

43 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 326, 2631, 5186, 6893, 11,523,  
12,391, 12,877, 13,236, 13,796, 15,624, 16,019, 16,387, 17,967, 17,793,  
22,605, 25,972, 29,843, 30,299, 30,789, 31,930, 35,490, 35,974, 41,405,  
42,341, 42,710, 49,018, 50,710, 51,063, 51,727, 52,241, 53,098, 64,048,  
64,760, 66,070, 73,414, 73,804, 75,107, 75,798, 86,133, 87,076, 89,010,  
90,386 und 90,917.

65 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 229, 1715, 3051, 10,012, 13,540,  
13,604, 18,807, 19,641, 20,800, 21,010, 21,965, 23,725, 27,899, 29,152,  
31,777, 31,837, 32,421, 32,639, 32,831, 33,448, 36,650, 37,358, 38,043,  
39,036, 40,149, 41,805, 42,080, 42,434, 45,750, 46,062, 47,059, 48,169,  
51,252, 52,645, 53,290, 56,847, 58,703, 58,733, 58,956, 60,425, 60,644,  
60,698, 60,967, 61,909, 62,984, 66,573, 66,976, 68,946, 71,488, 74,761,  
74,987, 75,142, 77,044, 77,052, 78,420, 80,345, 81,733, 82,754, 84,083,  
85,418, 88,425, 89,530, 93,261, 93,750 und 94,123.

62 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 2827, 4109, 4908, 6219, 10,655,  
10,878, 12,202, 15,879, 17,984, 20,867, 21,435, 23,507, 24,725, 25,962,  
26,123, 28,668, 31,022, 31,509, 34,699, 36,044, 37,478, 39,439, 40,455,  
40,900, 41,282, 42,148, 48,122, 48,240, 52,062, 53,159, 56,901, 57,667,  
57,970, 58,275, 58,347, 61,288, 63,288, 63,474, 65,022, 65,323, 71,726,  
72,646, 72,858, 72,912, 73,970, 77,273, 82,235, 82,535, 82,918, 83,775,  
84,128, 84,263, 84,741, 86,927, 87,575, 87,813, 87,983, 88,128, 90,725,  
91,036, 93,276 und 94,454.

Berlin, den 2. Mai 1861.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

## Telegramme der Pöserer Zeitung.

Wien, Donnerstag 2. Mai. In der heutigen Sitzung  
des Unterhauses wurde das Staatsministerium in Be-  
treff der Beschickung des Reichsrath durch die Ungarn inter-  
pellirt. Die Beantwortung der Interpellation ist vorbehal-  
ten worden; ferner wurde eine Adresse an den Kaiser be-  
antragt.

Im Oberhause ist beschlossen worden, eine Adresse  
an den Kaiser zu richten.

Krakau, Mittwoch 1. Mai. Der „Gaz“ theilt mit,  
daß der Präsident der Justizkommission, Wierzkowski, den  
Untersuchungsbericht in Betreff der in Moblin gefangenen Ge-  
ballehen erstattet habe. Nach dem Berichte waren Anklage-  
punkte nicht aufzufinden. Die Gefangenen stimmten in ihren  
Aussagen dahin überein, daß sie am 8. März nach dem  
Feuern vor's Schloß geeilt, um den Verwundeten beizustehen.  
Glaubwürdige Gegenzeugen seien nicht vorhanden. —  
Der „Gaz“ meldet ferner, daß in den polnischen Provinzen  
überall Trauergottesdienste veranstaltet wurden und daß die  
Regierung für die Provinzen dieselben strengen Verordnungen  
wie für Warschau erlassen habe. Ein neuester Erlass der Re-  
gierung verbietet dem Volke das Hinausgehen aus der Kirche  
in großen Häufen.

Frankfurt a. M., Donnerstag 2. Mai. In der  
heutigen Sitzung des Bundestages stellte Preußen den Antrag,  
im Falle eines Bundeskrieges, wenn beide Großmächte,  
oder eine mit der Gesamtarmee partizipiren, den betreffen-  
den Artikel der Kriegsverfassung zu suspendiren und die An-  
ordnung der Oberleitung, unter Vorbehalt der Zustimmung des  
Bundestages, der Vereinbarung der beiden Großmächte zu  
überlassen.

Kopenhagen, Donnerstag 2. Mai. Die „Ver-  
lingske Zeitung“ dementirt die Nachricht von der Bestellung  
zweier Panzerschiffe in Frankreich. — Das Wetter ist kalt und  
stürmisch; es hagelt und schneit.

(Eingeg. 3. Mai 8 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

Preußen. (Berlin, 2. Mai. [Vom Hofe; Tages-  
nachrichten.] Den König begleiteten heute Morgens zur Besich-  
tigung nach Potsdam der Kronprinz, die Prinzen Friedrich Karl  
und Albrecht, der Prinz August von Württemberg, der General-  
Feldmarschall v. Wrangel, die Generale v. Willisen, v. Alvensleben  
und v. Manteuffel und der britische Militärbevollmächtigte Colonel  
Hamilton. Während der Fahrt hielt der General v. Manteuffel  
Vortrag. Nach beendigter Vorstellung machten die hohen Herr-  
schaften in Sanssouci einen Besuch und fand darauf im Stadtschloß  
ein Dejeuner dinatoire statt. Um 3 Uhr kehrte der König mit  
seiner Begleitung hieher zurück und arbeitete sofort mit den Mini-  
stern v. Auerwald und v. Roon, empfing auch vor der Tafel einige  
hochgestellte Personen. Abends war im königlichen Palais Hof-  
konzert, zu dem mehr denn 200 Personen Einladungen erhalten  
hatten. Die Minister erschienen in der kleinen Uniform. In dem

Konzert wirkten u. A. die Damen La Grua und Laborde und die  
Herren Salomo, Formes und Krause mit. — Künftig sollen alle  
großen Festlichkeiten im Schloße abgehalten werden und geht des-  
halb dort eine allgemeine Restauration der Gemächer, namentlich  
der Säle vor sich. Der König ist schon mehrmals im Schloße  
gewesen, um sich von der richtigen Ausführung seiner Anordnungen  
zu überzeugen. — Morgen Vormittags besichtigt der König auf  
dem Tempelhofer Felde das 2. Garderegiment zu Fuß. Den  
Truppenübungen, die in nächster Woche zur Ausführung gelangen,  
wird auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin beiwohnen  
und wird deshalb am Sonntag hier eintreffen. Der rheinische  
Adel hat gestern Mittags durch eine Deputation, an dessen Spitze  
der Fürst zu Fürstenberg und der Baron v. Waldbott-Bassenheim  
standen, dem Kronprinzen und der Kronprinzessin einen im  
Atelier von Wagner u. Sy gefertigten kostbaren Ehrenschild überrei-  
chen lassen und hatte darauf die Deputation die Ehre, zur Tafel ge-  
zogen zu werden. Auch heute war im Kronprinzlichen Palais Tafel,  
bei der der Erbprinz u. die Erbprinzessin von Neuch-Schleiz erschienen.  
Der Prinz Wilhelm von Baden ist bekanntlich Großmeister der  
Loge Royal-York und will es auch bleiben, obwohl sein Aufenthalt  
nicht mehr Berlin, sondern Karlsruhe ist. Am Montag hielt der  
Prinz in der Loge eine Konferenz ab, in welcher beschlossen wurde,  
ein neues und großartiges Logengebäude auf dem Grundstücke in  
der Dorotheenstraße aufzuführen, das alte Haus aber zu erhalten.  
Schon längst vermögen nämlich die vorhandenen Räume die täg-  
lich anwachsende Mitgliederzahl nicht mehr zu fassen, namentlich  
sind die Säle viel zu klein. Es soll deshalb in dem neuen Gebäude  
ein Saal hergestellt werden, der wenigstens 1000 Personen fassen  
kann. Auch die große Landesloge sieht sich aus demselben Grunde  
genötigt, mit ihrem Hause in der Dranienburgerstraße einen Er-  
weiterungsbau vorzunehmen und besonders dem Versammlungs-  
saale einen der Mitgliederzahl entsprechenden Umfang zu geben. —  
Heute Nachmittags wurde Schills Waffengefährte, der Major a. D.  
v. Mosch, auf dem Garnisonfriedhofe begraben. Man schien eine  
außerordentliche Feiernfeier zu erwarten, wenigstens septe man die  
Betheiligung unserer Veteranenvereine voraus; allein diese erschie-  
nen nicht; möglich, daß die alten Herren durch das gräßliche Wet-  
ter (es hagelte, schneite und regnete bei stürmischem Winde) zurück-  
gehalten wurden. Am Sarge sprach daher vor einer nur sehr klei-  
nen Trauerverammlung der Prediger am Stadtfriedhof, General-  
— Der Minister v. Schleinitz hatte heute wieder einmal eine Kon-  
ferenz mit dem dänischen Gesandten. — Der Chev. v. Araujo, wel-  
cher bekanntlich Brasilien an unsern Hofe vertritt, giebt sich die  
größte Mühe, die Nachricht von seiner baldigen Rückkehr nach Bra-  
silien zu dementiren. Dennoch glaubt man, daß seine Abreise bald  
erfolgen werde. — Die gestrige Konfession dauerte über 3 Stunden.  
— Die k. Staatsanwaltschaft hat gestern den Magistrat um Mit-  
theilung der Materialien ersucht, welche dem Bericht der gemischten  
Deputation über die Geschäftsverwaltung des k. Polizeipräsidii zu  
Grunde liegen.

[Postwesen.] Das Generalpostamt macht durch Be-  
kannmachung vom 23. v. M. wiederholt darauf aufmerksam, daß  
es bei der großen Zahl von Orten, welche in den Vereinigten Staa-  
ten von Nordamerika gleiche, oder ähnlich lautende Namen haben,  
für die richtige Expedition und die sichere Beförderung der dorthin  
bestimmten Briefe erforderlich ist, daß auf der Adresse neben dem  
Bestimmungsorte der Staat, und wo möglich auch der Kreis  
(County), in welchem der Ort belegen ist, angegeben werde.

[Zur Amnestie.] In dem Amnestie-Erlaß vom 12. Ja-  
nuar wird den politischen Flüchtlingen ausdrücklich, die ungehin-  
derte Rückkehr in die königl. Staaten“ zugesagt. Ein politischer  
Flüchtling war in Folge dessen nach seinem früheren Wohnorte Ber-  
lin zurückgekehrt; er glaubte noch Preußen und Berliner zu sein.  
Folgender Erlaß des königl. Polizeipräsidiums belehrte ihn, wie der  
„Stg. f. Nordd.“ von hier geschrieben wird, eines Andern: „Gew.  
Wohlgebornen haben im Mai 1849 die preussischen Staaten ohne  
Paß resp. Heimathschein, also ohne diesseitige Genehmigung, ver-  
lassen, und dadurch nach s. 23 des Gesetzes vom 31. Dezbr. 1842  
über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als Preußen,  
das Unterthanenrecht ebenso, wie das hiesige Domizil verloren.  
Bei Ihrem Wiederanzuge in Berlin sind Sie daher mit Recht als  
Fremder angesehen und zur Lösung einer Aufenthaltskarte angehal-  
ten worden. Die Allerhöchste Amnestie hebt zwar alle Folgen auf,  
welche sich aus einem Straferkenntnis ergeben, kann indeß selbst-  
ständig die aus den Gesetzen sich ergebenden Konsequenzen nicht be-  
seitigen. Berlin, 18. April 1861. Königl. Polizeipräsidium. Ab-  
theilung V.“ Der Betreffende hat nunmehr eine Beschwerde beim  
Minister des Innern eingereicht.

[Das Herrenhaus.] Der in Nizza kürzlich verstor-  
bene hochbetagte Fürst von Salm-Dyck richtete noch kurz vor sei-  
nem Ende ein Schreiben an Se. Maj. den König, in welchem fol-  
gende Stelle vorkommt: „Sire, unser Herrenhaus gehört nicht  
mehr in dieses Jahrhundert, dasselbe repräsentirt eine Welt von  
Ideen, die nicht mehr aufkommen können. Man muß jedoch seiner  
Zeit angehören, um die Menschen zu regieren.“ (Düss. Z.)

[Deutsches Schützen- und Turnfest in Gotha.]  
Es hat sich in Gotha ein Komite gebildet, das in einem soeben  
erschienenen Aufruf zu einem deutschen Schützenfeste einladet, das,  
verbunden mit dem von den thüringischen Turnvereinen schon seit  
längerer Zeit beschlossenen Thüringer Turntag ebenfalls selbst in  
den Tagen vom 8. bis 11. Juli d. J. abgehalten werden soll. Das  
Komite ist aus folgenden Herren zusammengesetzt: L. Braun  
(erstem Vorsitzenden), Sterzing (zweitem Vorsitzenden), Gebhardt  
(Schriftführer), Döll, Gwald, Glend, Habicht, Helfrich, Hüners-

dorf, Jacobs, Scherzer, Stölzel, Tümpel und Wenige, und es  
schließen sich denselben die Herren Liebetrau, Biedermann und  
Schör als Vorstand des Turnvereins an. Aus dem uns vorlie-  
genden Programm entnehmen wir folgende Details: Am Sonn-  
tag den 7. Juli Empfang der Gäste; Montag: Festzug nach dem  
Schießhaus, Beginn des Festschießens, Zug der Turner nach dem  
Turnplatz, Fest- und Schauturnen, Abends 8 Uhr: Turnball;  
Dienstag: Turnfahrt nach Reinhardtbrunn, Tabarz und Walters-  
hausen, Mittags Festtafel im Schießhause; Mittwoch: Vorträge  
der Männergesangsvereine Gotha's, Abends 8 Uhr Schützenball  
und Donnerstag: Schluß des Festschießens sowie Beratungen  
der Vertreter der verschiedenen Schützenvereine. Es wird darauf  
gerechnet, daß von Vereinen, wie von Privatpersonen Gaben zur  
Verfügung gestellt werden, die als Festpreise bei dem Hauptschießen  
und für diejenigen Schützen verwendet werden können, welche wäh-  
rend des ganzen Festes sowie während der einzelnen Tage die  
meisten bezüglich nächstmeisten Nummern (Treffer) haben. Wir  
glauben auf dieses deutsche Schützenfest mit Recht aufmerksam  
machen zu dürfen und sind der Ansicht, daß die oben genannten  
Namen dafür bürgen, daß das Fest nicht einen ebenso unglücklichen  
Ausgang haben werde, wie jenes in Köln, das nur zu geeignet  
war, uns vor den Augen des Auslandes lächerlich zu machen.

[Ein Komet.] Es ist jetzt ein Komet mit bloßem Auge  
sichtbar, der allerdings nur wie ein Stern 4. Größe aussieht und  
nur mit einer Sternkarte und für ein gutes Auge durch sein nebeli-  
ges Aussehen zu finden ist. Indes ist es nicht unwahrscheinlich,  
daß derselbe bald eine auffallendere Erscheinung darbieten wird.  
Der Komet ist, wie es bis jetzt scheint, zuerst von einem eifrigen Lieb-  
haber der Astronomie, dem Uhrmacher Bäcker in Nauen, gesehen  
worden, der die Nachricht davon nach Berlin sandte. Er steht so  
hoch am Himmel, daß der Blick und das Fernrohr sich nur mit  
Anstrengung nach dieser Gegend wendet, wodurch auch seine späte  
Aufsindung erklärt wird. Am 30. stand er zwischen den Sternen  
α und β im großen Bären und bewegt sich schnell nach dem Stern-  
bilde des kleinen und großen Löwen zu.

Danzig, 1. Mai. [Zur Marine.] Hier ist die Nach-  
richt eingetroffen, daß der von der Admiralität gemietete Trans-  
portdampfer „Sda“ die Ordre zur Rückkehr von Neapel empfangen  
habe. Unterwegs soll das Dampfboot in Cardiff anlaufen, um dort  
Monats spätestens wird die Uebergabe des Dampfboots an die  
Rhederei von Klawitter erfolgen. (D. Z.)

Elbing, 30. April. [Ein Bescheid.] Von der Militär-  
behörde in Danzig ist jetzt ein Bescheid in der Riesen-Hofmeister-  
schen Angelegenheit eingegangen. Das Betragen des Lieutenants  
Hofmeister wird darin getadelt; es wird mitgeteilt, daß sogleich,  
nachdem der Vorfall durch die Zeitungen zur Kenntniß der Behör-  
den gekommen, die strengste Untersuchung eingeleitet und diszipli-  
nariß gegen ihn vorgegangen ist. Von einer weiteren Bestrafung  
sei nur Abstand genommen, weil Herr Riesen ausdrücklich darauf  
verzichtet hat. Schließlich wird der Magistrat ersucht nach Kräften  
dahin zu wirken, daß diese ganze Angelegenheit als bejeitigt be-  
trachtet und das ohnedies schon gelockerte gute Einvernehmen zwi-  
schen Bürgerschaft und Militär aufs Neue befestigt werde. Der  
Wortlaut des ganzen 4 Seiten langen Briefs wird in der nächsten  
öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten zur allgemeinen Kennt-  
niß kommen. (R. E. A.)

Kulm, 30. April. [Die polnischen Demonstrationen]  
im Sinne der Wiederherstellung Polens dauern hier noch  
immer fort. Es werden fortgesetzte Trauerandachten für die in War-  
schau gemordeten polnischen Brüder, wie es in den diesfälligen An-  
zeigen heißt, gehalten. Eine solche fand am 22. d. in der hiesigen  
Pfarrkirche statt. Ein dazu angepasstes Lied wurde nicht allein vor  
der Kirche an die Kirchengänger vertheilt, sondern auch in die Häu-  
ser getragen. Ein Exemplar ist in die Hände der Polizei gefallen  
und nachdem man aus der gefertigten Uebersetzung die Ueberzeu-  
gung gewonnen, daß das Lied aufrührerischen Inhalts sei, wurde  
die Beschlagnahme desselben auf Veranlassung der k. Staatsanwalt-  
schaft verhängt. In der Buchdruckerei des Herrn v. G. sollen viele  
Exemplare davon vorgefunden und in Beschlag genommen worden  
sein; von dort aus erfolgte auch die Vertheilung. (G. Z.)

Oestreich. Wien, 30. April. [Die Eröffnung des  
Parlaments] hat zur Minute, wie es vorher bestimmt war,  
stattgefunden. Die Minister waren noch vorgestern Abend nicht in  
der Lage, dem Kaiser geeignete Namen für die beiden Präsidien  
vortragen zu können; so wie die kaiserlichen Prinzen dankten meh-  
rere Hochtoys und sonst hervorragende Persönlichkeiten für die zu-  
gedachte Ehre, indem sie verschiedene nicht zu widerlegende Motive  
vorbachten. Die kaiserlichen Prinzen wollten nicht in die Gefahr  
gerathen, Beschlässe auszusprechen zu müssen, die vielleicht die In-  
teressen der Dynastie oder der Krone verletzen; sie wollten auch nicht  
unversehens in die Strömung einer Partei gerissen werden. Erz-  
herzog Albrecht, der Anfangs geneigt war, dem kaiserlichen Vetter  
auch dieses Opfer zu bringen, refulierte, und erst auf wiederholte  
Aufforderung ließ sich der Fürst Karl von Auersperg zur Ueber-  
nahme des Präsidiums im Herrenhause bereiten; als Vizepräsident  
fungirt der ehemalige Reichsrath und Finanzminister, Freiherr  
v. Krauß, der in den stürmischen Tagen von 1848 und 1849 so  
viele Ruhe und so großen Gleichmuth bewies, und durch Nichts  
aus seinem Optimismus aufgeschreckt werden konnte. Nicht minder  
schwierig waren die Unterhandlungen wegen des Präsidiums im  
Abgeordnetenhause; es scheiterten alle Anträge theils an den Per-  
sönlichkeiten, theils an den Prinzipien, da alle jene, welche in die



Opposition zu gehen gesonnen sind, nicht als Zavorifirte des Ministeriums erscheinen wollen. Es ließ sich endlich, nach langem Widerstreben, Dr. Hein herbei, den Präsidentenplatz einzunehmen, derselbe, der im verstärkten Reichsrath an der Spitze der deutschen Partei stand und sie im letzten Momente diskreditirte, derselbe, den der damalige Premierminister Graf Rechberg über die Absichten des Kaisers, des Kabinetts und der Aristokratie in Verbindung mit den Magyaren zu täuschen wußte. Zu Vizepräsidenten sind: Professor juris v. Hasner aus Prag und Landesgerichtsrath Graf Mazzuchelli aus Brunn ernannt; schon diese Titel beweisen, daß diese Herren nicht zu den absolut unabhängigen gehören. Erst spät in der Nacht wurde diese Kombination den in den Klubs versammelten Deputirten mitgetheilt, welche sie gleichgültig aufnahmen; da die Präsidien von der Regierung ernannt sind, entbehren sie a priori jede Wichtigkeit und jede Tendenz. (N. 3.)

[Sicherheitsmaßregeln in Pesth.] In der am 26. d. abgehaltenen Sitzung der Pesther städtischen Repräsentanz wurde in Folge der in letzterer Zeit arg überhandgenommenen Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit beschlossen: 1) die Errichtung einer in jedem Stadttheil aus einer Kompanie bestehenden Bürgerwehr. Dieselbe wird aus den wahlfähigen Bürgern gebildet, die sich aus eigenen Mitteln zu bewaffnen und zu uniformiren haben. 2) Neben dieser Bürgerwehr wird die Zahl der städtischen Wachmannschaft auf 250 Mann Infanterie und 30 Mann Kavallerie erhöht. 3) Sollen Geldbelohnungen an diejenigen ausgesetzt werden, die zur Entdeckung von Diebstählen und sonstigen Verbrechen an Besitz oder Person behülflich sind.

[Kämpfe in der Herzegowina.] Der „Agrar Zeitungs“ vom 29. April wird aus der Herzegowina gemeldet: Am 11. d. wurde von Gacko aus eine 2—3000 Mann starke Kolonne gegen Niksic entsendet, um dieselbe von den Insurgenten zernichte und hart bedrängte Fort zu entsetzen. Es kam zu einem mehrstündigen Kampfe, die Türken wurden noch während des Marches in Front und Flanken angefallen und mußten nach einem sehr empfindlichen Verluste von beinahe 300 Todten und Verwundeten den Rückzug antreten. Am 25. rückten große Insurgentenmassen gegen Trebinje vor, die sämtlichen türkischen Streitkräfte sammt den Ortsbewohnern rückten ihnen entgegen. Bei Gicovo kam es zum Kampfe, welcher bei Abgang dieses Berichtes bei anhaltendem Kanonendonner noch unentschieden war.

Wien, 1. Mai. [Tagesnotizen.] Heute Abend fand eine freiwillige, allgemeine und glänzende Beleuchtung statt. Der Kaiser durchfuhr unter ungeheurem Volksjubiläum die Straßen. — In Folge der Weigerung von Seiten der venetianischen Zentralkongregation, zu den Wahlen für den Reichsrath zu schreiben, wird die Regierung öffentlich die Gültigkeit der Protokolle über die Wahlen, die von einigen vereinzelt Gemeinden vorgenommen wurden, prüfen und jedem Deputirten ein Wahlzertifikat zustellen. — Der Repräsentantenkörper der Stadt Erlau hat beschlossen, allen Senen eine Geldbuße aufzuerlegen, welche sich weigern sollten, die wieder eingeführten ungarischen Maße zu gebrauchen. — Die Kinderpest ist wieder in Galizien ausgebrochen und der Konstatist.

Agram, 29. April. [Vom Landtage.] Der Landtag beschloß in der heutigen Sitzung die Entsendung einer feierlichen Deputation an Sr. Majestät unter Anführung des Banus, um unmittelbar eine Repräsentation dahin lautend zu unterbreiten, die Militärgrenze möge auf Grund freier Wahl noch am jetzigen Landtage vertreten werden; in der k. Freistadt Zengg solle sogleich die Ziviladministration eingeführt werden. Se. Majestät möge im Sinne allerh. Seines ausgedrückten Willens die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien ebensins ins Leben treten lassen und hierzu die nöthigen Mittel im Einvernehmen mit Dalmatien selbst treffen. Dasselbe gilt auch von den Quarnerischen Inseln. Ferner wurde ein Protest gegen den Beschluß des dalmatinischen Landtages, den Reichsrath beschicken zu wollen, beschlossen. Auf die allerh. Reskripte wird keine eigene Antwortadresse erlassen, sondern in der Repräsentation selbst, welche die nach Wien zu entsendende Deputation mitbringt, die Erklärung des Vertrauens und der Ergebenheit der Nation ausgedrückt. Wegen Errichtung einer südslavischen Universität in Agram wurde ein besonderes Komitee ernannt.

Zara, 27. April. [Zwiespalt im Landtage.] Der „Nid. Post“ schreibt man von hier: „Nachdem unser Landtag in den letzten Tagen einem ruhigen Abschluß entgegenging, traf eine telegraphische Ordre aus Agram an die Annerionisten ein, und ohne Meldung, ohne Urlaub vom Präsidenten zu begehren, verließen in der Nacht des 24. d. zehn annerionistische Landtagsdeputirte Zara und begeben sich nach Graz, um dort der vom Bischof Strohmayer veranlaßten Deputation aus Agram sich anzuschließen und in Wien die Annerion durchzusetzen. Auf diese Kunde hin beschloßen die 29 Antiannerionisten ein Dampfschiff zu mieten und sich der an Se. Majestät zur Ueberbringung der Adressen abgeschickten, vom Landtagspräsidenten Dr. Petrovich vorzuführenden Deputation anzuschließen und den festen Willen des Landes auszudrücken, auf eine Vereinigung mit Kroatien dormalen nicht einzugehen. Die Deputirten werden am Montag in Wien eintreffen.“ Wir werden also, bemerkt die „Nid. Post“ hierzu, das Schauspiel in Wien genießen, daß zweierlei Deputationen eines und desselben Landtages hier erscheinen, von dem die Majorität mit Oesterreich in direktem Zusammenhange bleiben und im österreichischen Reichsrathe vertreten sein will, während die Minorität die Annerion an Kroatien sollicitirt, welches bekanntlich den Reichsrath verschmährt! Mit anderen Worten, der durchgegangenen Minorität wird von der verlassenen antioesterreichischen Majorität nachgesetzt, um sie in der Antikambree des Kaisers und des Staatsministeriums einzuholen, bevor sie irgend eine Zusage erhalten hat. Man wird gestehen, es giebt wenig Staaten in Europa, wo solche Kuriositäten an der Tagesordnung sind, wie wir sie in den verschiedensten Formen in Oesterreich fast täglich neu aufstehen sehen!

Bregenz, 29. April. [Ansiedelung von Protestanten in Borarlberg.] Die religiöse Frage kam auf unserm Landtage nicht zur Sprache. In Folge dessen haben auf das Patent vom 8. April bereits die Protestanten hier eine Versammlung gehalten und beschlossen, für kaum 150 Seelen eine Kirche zu bauen und einen Pastor zu bestellen, mit einem Fonds von 100,000 Gulden. Zur Beschaffung desselben wenden sie sich an die Basler Milionäre und an den Gustav-Adolfverein. In einem Jahre soll die

Kirche fix und fertig sein. Die „Tiroler Stimmen“ meinen blutige Thränen über dieses sündige Resultat und klagen unter Anderem: „Auf dem Landtage in Bregenz saßen 13 Vertreter des Landvolkes, die wir größtentheils persönlich kennen. Wir hätten zu ihnen das Zutrauen, daß, wäre die Sache zur Sprache gekommen und hätten sie ihren Bertheidiger und Anwalt gefunden, sicher in keinem andern Sinne entschieden worden wäre, als im Innsbrucker Landtag. Nach dem folgenden Berichte bliebe der Stadt Bregenz die Ehre vorbehalten, diejenige zu sein, die mit dem Beispiel vorangeht. Feldkirch wird nicht lange zurückbleiben und die Ehre jedenfalls bald theilen wollen. Dornbirn und Bludenz werden wohl widerstehen, sofern das Gemeindegesetz für sie ist. Allein der Kranz des Landes ist zerraut und der Tag von Gfurl ist gefeiert.“

[Die Demonstrationen in Mailand.] Neuerliche Nachrichten aus Verona über die am 24. d. stattgefundenen Demonstrationen in Mailand lauten: Bei 3000 in rothen Hemden gekleidete Männer durchzogen die Straßen Mailands mit einem Wagen, auf welchem Garibaldi's Portrait unter den Rufen: Viva Garibaldi, viva republica herumgeführt wurde. Bei 3000 andere Menschen, auch viele Wagen, begleiteten den Zug. Beim Thore Ticinese stieß dieser Zug auf bewaffnete Macht und wurde dort auseinandergetrieben, bei welcher Affaire Verwundungen vorgekommen sind. Derselbe Demonstrationen sollten am 24. d. in Neapel, Florenz, Genua, Mailand gleichzeitig vorfallen.

Baden, Karlsruhe, 30. April. [Amnestie.] Dem frühern Oberleutnant v. Cichmann aus Mannheim ist auf sein Ansuchen die gegen ihn vom großherzoglichen Hofgericht zu Konstanz wegen Theilnahme an der Revolution im Jahre 1849 erkannte Zuchthausstrafe von 15 Jahren von dem Großherzog nachgelassen worden. Derselbe hatte sich bisher in Genua aufgehalten.

Freiburg, 30. April. [Preußen und Oesterreich.] Die „Freiburger Zeitung“ schreibt: „Preußen war 1859 stark genug, um sich nicht mit den Haaren in einen Krieg für reaktionäre Prinzipien ziehen zu lassen, und die mittelstaatliche Politik zeigte ihre Ohnmacht des Könnens, wo Preußen nicht wollte. Der anfängliche Zorn über die Besonnenheit Preußens hat bei denen, welche aus ehrlichen Gründen mit seiner Haltung im Jahre 1859 nicht einverstanden waren, einer richtigeren Beurtheilung Raum gegeben. Oesterreich seinerseits ist in einer Lage, die ihm neuen Stoff zum Nachdenken darüber geben könnte, ob es nicht besser thäte, Preußen, das nur eine Reform des Bundes will, keine Revolution, das Vielen selbst viel zu rückständig und schüchtern gegen Oesterreich und den ihm verbündeten Partikularismus ist, die Hand zur ehrlichen Verständigung zu bieten, statt fort und fort in der Selbstsucht partikularistischer Unpolitik einen Bundesgenossen zu suchen, dessen Willkürigkeit ihm am Ende doch weniger werth ist, als die konzentrierte Kraft Preußens.“

Hessen. Kassel, 30. April. [Zu den Wahlen; Untersuchung.] Die Marburger Polizeidirektion hat an die Ortsbürgermeister ihres Bezirks folgende Aufforderung erlassen: „Da es zur Kenntniß gekommen ist, daß der landesherrlichen Verständigung vom 6. v. M. gegenüber von unberufenen Personen begünstigt eine Einwirkung und der Deputirten der Verfassung Angelegenheiten überhaupt Einwirkungen stattfinden, und es von Interesse ist, hierüber näher unterrichtet zu werden, so wird der Herr Bürgermeister veranlaßt, jedes derartige Vorkommniß, sobald es zu seiner Kenntniß gelangt, schleunigst anher einzuberichten.“ — Die polizeilichen Verhöre nach dem Anordner des Jordan'schen Zeichenbegünstnisses sind jetzt endlich als resultatlos eingestellt.

Hannau, 30. April. [Polizeiliches Verbot.] Am nächsten Sonntag soll der neue Turnplatz eingeweiht werden. Man wollte hierzu die Turnvereine der näheren Umgegend einladen, und kam bei der Polizeidirektion um die Erlaubniß ein, mit Musik und schwarz-roth-goldenen Fahnen von dem Bahnhofe durch die Stadt ziehen zu dürfen. Die Polizeidirektion gestattete aber nur einen stillen Aufzug und verbot das Tragen der deutschen Farben. Eine gegen diesen Beschluß bei der Provinzialregierung erhobene Beschwerde hat keinen Erfolg gehabt und ist von dieser Behörde sogar der öffentliche Aufzug der Turner verboten worden. Wie man hört, wird man die Sache nun bei dem Ministerium des Innern zum Austrag bringen. (S. 3.)

Darmstadt, 2. Mai. [Telegr.] Die heutige „Darmstädter Zeitung“ bringt die offizielle Verlobungsanzeige des Prinzen Ludwig mit der Prinzessin Alice von England.

### Großbritannien und Irland.

London, 30. April. [Die nordamerikanische Frage.] Der allerhöchste der Kriege in den veruneinigten Staaten, wie sich der „Globe“ ausdrückt, bildet natürlich das Hauptthema der Besprechung in unseren Blättern. Wie der „New-York Herald“ vom 14. April meldet, hatte in Newyork eine vorbereitende Versammlung ehrbarer und angesehenen Bürger stattgefunden, welche die Vorläuferin eines großen, im Parke abzuhaltenden Meetings sein sollte. Dieses Meeting hinwiederum sollte sich das hohe Ziel setzen, „to frown down civil war“, d. h. durch grimmes Stirnrunzeln den Bürgerkrieg zu beschwören. Hier zu Lande giebt man noch immer nicht die Hoffnung auf, daß sich Nord und Süd am Ende noch, ehe es zum ordentlichen Schlagen kommt, vertragen und die Hände reichen werden.

[Parlament.] In der gestrigen Oberhausitzung lenkte der Earl von Shaftesbury die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Vorgänge in Amerika. Er erklärte, bemerkt er, werden jedenfalls mit Schmerz, so wie mit einzigem Erstaunen vernommen haben, daß ein Bürgerkrieg zwischen den Sezessionsisten und den anderen Staaten der Union ausgebrochen ist. Zum Glück war bis zur Zeit der letzten Nachrichten noch kaum Blut vergossen worden, und ich glaube, dem Befehlshaber der Flotte, welche bei Charleston anwesend war, kann nicht genug Lob gezollt werden, weil er sich nicht in einen unnützen Kampf einließ. Es ist jedoch undenkbar, daß ein Kampf, wie der, welcher jetzt Amerika zu bedrohen scheint, ein so unnatürlicher Kampf und einer, der so dazu angethan ist, beiden streitenden Parteien Unheil zu bringen, nicht einen Rückschlag auf die übrige Welt ausüben sollte. Wahrscheinlich wird kein dieser Atlantischen Meeres gelegenes Land den die Vereinigten Staaten bedrohenden Bürgerkrieg härter empfinden, als England. Ich kann nicht umhin, zu glauben, daß Ihrer Majestät Minister sich bereits nach Kräften bemüht haben, auf offiziellem Wege ein Abkommen herbeizuführen, durch welches einem so furchtbaren Uebel, wie das, von dem ich spreche, vorgebeugt werden kann. Ich erlaube mir daher, zu fragen, was für Schritte die Regierung gethan hat. Lord Shaftesbury: Nach reiflicher Ueberlegung ist die Regierung zu dem Schluß gelangt, es sei nicht wünschenswerth, daß England der Regierung der Vereinigten Staaten seinen Rath aufdringe. Ein so großes Interesse wir auch an der Wolsfabrik des amerikanischen Volkes nehmen, und so sehr wir auch wünschen mögen, das über seinem Haupte schwebende Unheil abzuwenden,

glaubten wir doch, daß eine große und unabhängige Nation einen ihr unbezweifelten Rath nicht willkommen heißen würde. Es ward daher Lord Lyons die Instruktion ertheilt, bei jeder passenden Gelegenheit den von Ihrer Majestät Regierung gehegten ersten Wunsch auszudrücken, daß die zwischen dem Norden und dem Süden obwaltenden Zwistigkeiten geschlichtet werden möchten. Jedoch ist er nicht instruiert worden, sei es in offiziieller oder in offiziieller Weise, der amerikanischen Regierung einen Rath zu ertheilen, sofern nicht die streitenden Parteien selbst darum baten. Es folgt daraus von selbst, daß wir nicht mit irgend einer fremden Regierung über etwaige zu thunende Schritte verhandeln können.

[Tagesbericht.] Der ungarische General Kmetz befindet sich hier und war gestern der Gast des Artilleriekorps in Woolwich, wo ihm auf besondere Ermächtigung des Kriegsministers das Arsenal und die übrigen Etablissements gezeigt wurden. — Dem neuesten parlamentarischen Ausweise zufolge beläuft sich die summirte Nationalschuld Englands gegenwärtig auf 785,961,998 Pfd. und die Summe der zu zahlenden Zinsen auf 28,579,340 Pfd. — Der „Great Eastern“ tritt morgen angekündigtermäßen von Milford Haven seine Reise nach Amerika an. Es heißt, daß diesmal mehr Passagiere als das erste Mal die Reise mitmachen werden. — Der „Globe“ sucht die Äußerungen Scully's (s. gestr. Stg.) über die Macdonaldangelegenheit zu widerlegen, giebt aber doch zu, daß man die dem Kapitän widerfahrene Unbill ein wenig übertreibe. — Die nordamerikanischen Wirren haben den nachtheiligsten Einfluß auf Handel und Wandel; die Beziehungen nach Amerika sind auf ein Minimum beschränkt, und die Kriegsgefahr erscheint heute dem Handel schon groß genug, um den englischen und den fremden Schiffen für Baumwolle 30—40 Proz. höhere Frachtpreise zu gewähren als den amerikanischen.

[Ein Urtheil über Garibaldi.] Die „Saturday Review“ fällt über Garibaldi's neuliches Auftreten im Turiner Parlament ein strengeres Urtheil, als irgend ein anderes englisches Organ, indem sie sagt:

„Garibaldi's Benehmen, obgleich es vermutlich vollkommen gut gemeint war, zeigt zum hundertsten Male, wie gefährlich die militärischen Erfolge eines unverantwortlichen Führers werden können. Der unvernünftige Anspruch auf Gleichstellung mit dem Könige, der Sohn, mit welchem er das Parlament überhäufte, selbst die von Cialdini mit Recht gezeigte Affektion, in theatralischer Tracht in die Kammer zu kommen, würden bei jedem gewöhnlichen Soldaten auf tyrannische Ufurationspläne deuten. Der militärische Führer, der sich als eine Macht im Staate erhebt, zeigt durch seine Gleichgültigkeit gegen die Regeln der guten Lebensart, daß er schon über dem Geiz zu stehen glaubt. Garibaldi hat gefochten, um eine freie und verfassungsmäßig regierte Nation herzustellen, und hat doch nicht Geduld genug, sich der Uebergehung einer vollvertretenden Versammlung zu fügen. Sein ewiges Hinweisen auf die Handlung durch die Graf Cavour ihm, wie er sagte, seinen Geburtsort raubte, fängt an, obgleich die Klage anfangs natürlich und zu entschuldigen sein mochte, eine anmaßliche Selbstsucht zu verathen. Selbst wenn dem größten der Statistiker eine schlimmere Kränkung widerfahren wäre, so giebt es keinen Grund, warum die nationale Politik durch eine Rücksicht auf die Gefühle eines Individuums aus ihrer Bahn gerissen werden sollte. Es war am Ende doch ein größeres Unglück, daß Aliza von Italien abgerissen, als daß Garibaldi's Empfindungen verlegt wurden. Daß im Parlament zu Turin eine so bettlerische Sprache geführt worden, kann nur Bedauern erregen; aber es ist möglich, daß die derben und zornigen Vorstellungen Cialdini's den fehlenden, irrenden Helden von seinem Unrecht überzeugt haben. Die Empfindlichkeit der regulären Armee über die unehrenbeilige Sprache des freiwilligen Häftlings mögen auf sein soldatisches Herz auch heilfam gewirkt haben. Garibaldi hat auch Bildung genug, zu fühlen, daß die Laune, im rothen Hemde seinen Sitz einzunehmen, kaum achtungswürdig gegen eine souveräne Versammlung oder des guten Gewissens eines Gentlemen würdig war. Es ist leicht, sich mit Worten dem Arbeiter und Bauer gleichzustellen, denn beide sind bereit, einen so herablassenden Genossen dafür anzubeten. Unter Nebenbuhlern und unabhängigen Kollegen, da ist es ein wirkliches Verdienst von einem großen Manne, wenn er seine individuellen Präferenzen fallen läßt.“ Der Artikel schließt mit bewundernder Anerkennung der Herrschaft, die Cavour über die Leidenschaften der Nation übt und mit der an Lord Derby, Lord Clarendon und andere Peers gerichteten Bitte, dem gezeichneten Plan einer Zweitheilung Italiens keine elegischen Blicke nachzuwerfen. Lord J. Russell's Theorie, daß der Dualismus für Italien besser wäre, als die Einheit, klingt genau, wie wenn man behaupten wollte, daß England an Glück und Sicherheit gewinnen würde, wenn Schottland ein kleines, für sich bestehendes, politisch von Frankreich abhängiges Königreich wäre.

[Die Schleswig-holsteinische Angelegenheit.] Der „Morning Post“ wird von ihrem Korrespondenten in Dänemark gemeldet, daß der von Lord Palmerston vor Jahren in Warschau gebrachte Plan einer Theilung Schleswigs wieder aufgenommen sei und die Grundlage von Unterhandlungen bilde, die, wie dieser Korrespondent meint, hoffentlich zum Ziele führen würden. Es folgen übrigens darauf in der „Post“ wieder die gewöhnlichen Ausfälle gegen Preußen und Deutschland, mit denen sie ihre eigenthümlichen geographisch-historisch-ethnographischen Exkurse in dieser Angelegenheit zu begleiten pflegt. Preußen, insinuiert sie unter Anderem ihren Lesern, verhalte sich jetzt ruhig, weil es nicht nur durch die Reden im englischen Parlament, sondern auch durch die gebieterische Stimme der englischen Zeitungen eingeschüchtern sei! — Der „Morning Herald“, der sich unlängst auch gegen die Herzogthümer aussprach, hat jetzt wenigstens eine Zuschrift an den Herausgeber aufgenommen, worin abermals der Versuch gemacht wird, durch eine kurze und sehr klare Darlegung der Thatsachen den englischen Leser vom guten Recht der Herzogthümer zu überzeugen. Der Einsender hebt auch die Kopenhagener Ereignisse von 1848 und die Rolle, die das Kabinministerium dabei spielte, gebührend hervor.

London, 2. Mai. [Telegr.] Bei dem Bankette, das der Lordmayor dem Lord Derby zu Ehren der konservativen Partei gegeben, erklärte Derby in seiner Rede, daß er das jetzige Ministerium nicht stürzen wolle. — Nachrichten aus Washington vom 20. v. M. melden, daß Virginien die Union verlassen habe und daß Baltimore den nach Washington ziehenden Truppen durch Feindseligkeiten Hindernisse in den Weg stelle. Nord-Karolina hat die im Lande befindlichen Forts in Beschlag genommen. Der Präsident Lincoln erklärte in einer Proklamation die südlichen Häfen in Blockadezustand und verbietet die Ausfuhr von Provision und Waffen.

### Frankreich.

Paris, 30. April. [Die römische Frage; friedlichere Aussichten; Domingo; die Donaufürstenthümer.] In Folge einiger Artikel in den hiesigen Blättern, welche die in einer der letzten Nummern der „Patrie“ enthaltenen Gründe über das Verweilen der französischen Armee in Rom angriffen, hat diese Zeitung gestern eine längere Auseinandersetzung über die römische Frage gebracht, welche zwar von Franchant unterzeichnet ist, indessen wie alle solche Mittheilungen aus dem Ministerium selbst herrührt. In dieser Auseinandersetzung wird die Nothwendigkeit, in Rom den Status quo aufrecht zu erhalten, wie gewöhnlich aus religiösen, politischen und militärischen Gründen hergeleitet. Was sich für die ersten beiden Punkte sagen läßt, ist bekannt; wichtiger erscheint der Umstand, daß die Besetzung Roms eine Offensivbewegung



gung der österreichischen Armee unmöglich mache, wie es in dem vorliegenden Artikel heißt, und auf diese Weise also Frankreich dem Königreich Italien eventuell eine wirksame Hilfe leisten kann. Aus allen diesen Gründen wird also der Status quo in Rom noch aufrecht erhalten werden. Wie ich andererseits vernehme, erwartet man eine definitive Entscheidung dieser Frage erst gegen den Herbst. Sie werden bemerken, daß diese Nachricht nicht durchaus neu ist; ich habe Ihnen schon vor einiger Zeit dasselbe mitgeteilt, und ich würde nicht darauf zurückkommen, wenn mir nicht auf das Entschiedenste und aus guter Quelle versichert würde, daß der Kaiser glaube, bis dahin diese Frage zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst zu haben. Daß die dringenden Bitten des Grafen Cavour in diesem Augenblicke ohne Erfolg geblieben sind, ist die Folge der verschiedenen Bemühungen Napoleons, den Frieden zu erhalten. Diese Bemühungen sind einfach dadurch zu erklären, daß die momentane Situation für die europäischen Mächte vollständig aufreißend ist, während sie auf Frankreich, welches überhaupt nur zwischen einem bewaffneten Frieden oder dem Kriege wählen kann, nicht wesentlich einwirkt. England, Rußland, Oesterreich und Preußen befinden sich sämtlich mit inneren Fragen und ihren kostspieligen Rüstungen so beschäftigt, daß der Kaiser allein die auswärtige Politik beherrscht, da die anderen froh sind, die Herrschaft im eigenen Staate erhalten zu können. Frankreich wird daher jetzt nicht den ersten Schritt zum Kriege thun, sondern abwarten, bis seine Nachbarn durch innere Kämpfe so erschöpft sind, daß sie keinen Widerstand bieten können.

Ein bedeutendes Ereigniß ist die definitive Besignahme San Domingo's durch spanische Truppen. Man hatte hier aus den Äußerungen einiger spanischen Blätter annehmen zu können geglaubt, daß das allgemeine Stimmrecht die Basis der Einverleibung dieser altspanischen Kolonie in das Mutterland sein werde. Diese Voraussetzung ist nicht in Erfüllung gegangen, da der Generalgouverneur von Kuba ohne Weiteres eine kleine Armee nach Domingo gesandt hat. Bestrebend ist, daß im Gegensatz zu der sehr günstigen Sprache, welche die offiziellen Blätter über diese Annexion geführt haben, der französische Konsul dort seine Flagge von dem Dach seines Hauses entfernt hat. Doch ist nicht anzunehmen, daß die französische Regierung dieser Vergrößerung des spanischen Reichthums irgend welche ernste Schwierigkeit in den Weg legen werde. — Nach der Mittheilung der „Patrie“ darf man dem Zusammentritt einer Konferenz entgegensehen, welche dazu bestimmt ist, sich über die Vereinigung der Donaufürstenthümer auszusprechen; das Blatt setzt hinzu, die Mächte seien in dieser Frage vollständig einig. Bekanntlich wird dem Fürsten Alexander Souja die Verwaltung lebenslänglich zugesichert werden, wie dies eigentlich die auf dem Pariser Kongreß entwickelte Idee war. Die Pforte ging in dessen darauf nicht ein, sondern beehrte ihn nur auf 4 Jahre. Wie ich erfahre, ist sie indessen zu einer Aenderung in diesem Prinzip bewogen worden (s. Nr. 92) durch den Umstand, daß Frankreich und Rußland sich dahin geeinigt hatten, für den Herzog von Leuchtenberg die beiden Fürstenthümer zu vereinigen und für vollständig unabhängig von dem türkischen Reich zu erklären.

— [Die Ereignisse in Abyssinien.] Die „Patrie“ hat Nachrichten aus Abyssinien erhalten, welche drei Monate nach dem Tode Negoufies geschrieben sind. Denselben zufolge ist Fürst Negoufie nicht in Folge einer verlorenen Schlacht, sondern durch einen ihm gelegten Hinterhalt, bei dem Verrath im Spiele war, in die Hände seines Nebenbuhlers, des Kaisers Theodor, gefallen. Nach dem Tode Negoufies hat sich seine Armee nach Westen zurückgezogen. Ihr Nachtrab wurde noch von Theodor eingeholt und erlitt empfindliche Verluste. Theodor war nicht stark genug, um Egré militärisch besetzen zu können, er räumte deshalb das Königreich wieder und zog sich nach Ambra, dem Mittelpunkt seines Reiches, zurück. Seitdem sind auf mehreren Punkten Egré's Anrücken ausgebrochen; die zahlreichen Anhänger von Dubié haben dessen Sohn als Herrscher proklamiert. Es ist dies ein junger Mann von 22 Jahren, von großem Muth und großer Energie, welcher im Augenblicke als Flüchtling in den Bergen von Semnara lebt. Die Armee Negoufies, welche keineswegs vernichtet ist, hat für den jungen Fürsten Partei ergriffen, und man erwartet, denselben aus seiner Zurückgezogenheit zurückzuführen zu sehen, um das Ansehen seiner Familie herzustellen. Er ist gleichfalls ein Freund Frankreichs.

— [Verwaltungs-Zentralisation in Frankreich.] Der „Constitutionnel“ spricht sich mit vieler Schärfe und Ironie gegen das Unwesen einer übermäßigen Verwaltungs-Zentralisation aus, wie sie bisher in Frankreich gehandhabt wurde und kürzlich erst theilweise gemildert (s. Nr. 92) worden ist. Am deutlichsten werden die bisherigen Zustände durch einige Beispiele erläutert, die wir dem hier gedachten Artikel entnehmen:

Ein einfacher Gefängnißhüter verlangt in Familien-Angelegenheiten einen Urlaub von fünf Tagen. (Von einem längeren, z. B. 14-tägigen Urlaub soll gar nicht gesprochen werden. Das ist eine höchst wichtige Angelegenheit, über die nur der Minister zu entscheiden hat.) Der Wittstiller wendet sich an den Oberkämmerer, der wieder an den Gefängniß-Direktor, dieser an den Unterpräfekten, der Unterpräfekt an den Präfekten, der wiederum an den Minister. Der Minister unterzeichnet die Erlaubniß, welche auf demselben Wege durch die Hände des Präfekten, Unterpräfekten, Gefängnißdirektors, Oberkämmerers dem Gefängnißhüter zugeht. Macht im Ganzen zehn Depeschen, zehn Ausfertigungen und einen Monat Zeit, um einem armen Teufel fünf Tage freizugeben. — Anderes Beispiel. Der Wind oder der Hagel zerbricht drei Fensterheben in einem Gefängniß. Man läßt sofort den Gefängnißhüter auf die Gesundheit des Gefängnisses, denn die Sache ist dringlich aus Rücksichten auf die Gesundheit des Direktors und der Gefangenen. Wäre sie nicht dringlich gewesen, so wäre erst ein Besuch des Architekten, ein Gutachten und ein amtlicher Bericht nöthig gewesen. Den nächsten Tag, oder das nächste Jahr, schrieb der Sekretär der Direction an den Kaiser, seine Rechnung auf einem Stempelbogen von 35 Centimes einzulegen. Die formgerecht ausgestellte Rechnung wurde von dem Direktor beglaubigt, dann dem Unterpräfekten, dem Präfekten und dem Minister vorgelegt. Der unterzeichnete und ließ das Blatt auf demselben hierarchischen Wege zurückgehen. Macht im Ganzen einen halben Tag verlorene Zeit für den Handwerker, 35 Centimes Stempel, zehn Ausfertigungen, zehn Unterschriften, um eine Rechnung von 2 Frs. 40 Centimes zu bezahlen.

Paris, 2. Mai. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Handels- und Schiffsahrtsvertrag zwischen Frankreich und Belgien gestern unterzeichnet worden sei. — Ein Telegramm aus Serajevo vom gestrigen Tage meldet, daß die im Aufstande befindlichen Christen autonome Behörden verlangen, und daß Omer Pascha Ueberbringer von Vorschlägen sei, welche die Gesandten für ehrenhaft erklärt hätten. Mit der Seantepost aus Konstantinopel in Marseille eingetroffene Nachrichten vom 24. v. M. melden, daß zu Veni Bazar eine Konzentration der Türken gegen Montenegro und Serbien statt habe. Das türkische und das englische Ge-

schwader würden zusammen agiren. Das Arsenal von Korfu versorge die türkischen Schiffe mit Kriegsvorräthen.

## Niederlande.

Haag, 30. April. [Programm des Ministeriums.] Die Zweite Kammer der Generalstaaten hat ihre legislativen Arbeiten wieder aufgenommen und das Ministerium hat diese Gelegenheit benützt, um derselben durch den Mund des Ministers des Auswärtigen, Baron van Zuylen von Nijvelst sein politisches Programm mitzutheilen, dasselbe lautet: Monarchisches Prinzip; Entwicelung des konstitutionellen Systems; eine freisinnige Regierung im ganzen Umfang des Wortes für das Mutterland, aber konservativ in den Kolonien.

## Belgien.

Brüssel, 30. April. [Ein Schreiben gegen den Prinzen Napoleon; französische Goldmünzen; Kuriosum.] Die neueste Nummer des von Victor Jolly herausgegebenen politischen Wochenblattes: Sancho, Revue des hommes et des choses, giebt den Stoff zu allen Unterhaltungen. Man reißt sich förmlich um das Blatt, und bis zu 5 Franken sind dafür bezahlt worden. Es ist ein Neues Schreiben über die Geschichte Frankreichs. Monographie des Herrn Napoleon Bonaparte (Jerome), durch welches der Sancho, fünf Spalten füllend, diesen Spektakel verursacht. Der Artikel ist von der ersten bis zu der letzten Zeile voll der größten, der schneidendsten Beleidigungen, und wenn ich Ihnen sage, daß er mit den Worten: Fourberie, perfidie, lâcheté, ces trois mots résumant sa vie, endigt, werden Sie ungefähr einen Begriff davon haben. Das politische und militärische Leben des Prinzen wird mit dem grellsten Lichte beleuchtet, Ausdrücke werden gebraucht, deren Urheber in Frankreich überreif für die trockene Guillotine von Cayenne oder Lambessa wären, und dabei wird auch die Person des Kaisers nicht im Geringsten geschont und das Andenken des Königs Jerome und der Königin Hortense auf die unbarmherzigste Weise insultirt. Die Sache ist ein förmliches Ereigniß, und sie kann die belgische Regierung in große Verlegenheit bringen. Aus der Feder Victor Jolly's obgleich sie doch sehr genug ist, rührt diese Skalpierung nicht her, und eben so wenig von seinem Freunde Victor Hugo, der noch hier anwesend ist. Jolly hat, wie ich höre, für die Aufnahme des Artikels 50 Napoleon's d'ors erhalten, und es soll gelungen sein, eine Menge von Exemplaren heimlich in Paris einzuführen, wo sie an bedeutende Personen, an den Prinzen selbst ein ganzes Duzend, verhandelt worden wären. Erst nachdem man erfahren, daß die Einföhrung in Paris gelungen, ist hier die Ausgabe der Nummer erfolgt. Eine Anklage wird jedenfalls erhoben werden, und die Verurtheilung kann nicht ausbleiben; für diesen Fall jedoch ist schon eine Person bereit, um die schwere Bürde der Autorschaft zu übernehmen, und jeder Monat Gefängniß wird dem Substitut 200 Fr. Schmerzensgeld einbringen. An Geld scheint es daher dem Einsender des Artikels nicht zu fehlen, und ich wiederhole nur, was ich gehört, wenn ich sage, daß der Artikel von der Familie Orleans ausgegangen sein soll. (??) — Seit einigen Tagen sind hier von den neuen französischen Goldstücken von 20 Fr. mit der Jahreszahl 1861 im Umlauf. Sie stellen Napoleon III. mit Lorbeeren gekrönt vor. — Ein seltsames Ereigniß in der Theaterwelt ist in der vorigen Woche in Leuze, einer kleinen Stadt zwischen Brüssel und Tournai, vorgekommen. Die Truppe von Mons hatte sich dahin begeben, und wollte mit einer Vorstellung für die Armen debütiren. Obwohl den Leuzern so etwas vielleicht niemals geboten worden und es sich noch dabei um einen Akt der Wohlthätigkeit handelte, hatte sich Abends Niemand im Theater eingefunden. (V. Z.)

— [Arbeiterunruhen in Gent.] In Gent ist in verschiedenen Webereien ein Strike eingetreten, bei dem die Arbeiter sich zu beklagenswerthen Attentaten gegen Personen und Eigenthum haben hinreißen lassen, so daß Bürgergarde und Gendarmerie mehrfach gezwungen waren, ihrem gewaltthätigen Treiben Einhalt zu thun. — Nachschrift. Soeben sagt man mir, die Arbeiterunruhen in Gent hätten sich heute wiederholt, und sei es bei der Unterdrückung derselben zu blutigen Austritten gekommen. (R. Z.)

## Italien.

Turin, 27. April. [Graf Brassier de St. Simon.] Man hat hier mit Befremden erfahren, daß das Benehmen des hiesigen Vertreters Preußens, des Grafen Brassier de St. Simon, von verschiedenen Seiten in Deutschland eine verschiedene aber gleich ungerechtfertigte Beurtheilung erfahren hat. Dies war besonders bei Gelegenheit der Kalkreuth'schen Sache in Sicilien der Fall, wo Blätter von ganz entgegengesetzter politischer Farbe dem Grafen Brassier vorwarfen, die Interessen preussischer Unterthanen nicht gleichmäßig zu beschützen, und ebenso der italienischen Bewegung gegenüber sich nicht unparteiisch zu zeigen. Diese Vorwürfe sind durchaus ungerecht. Hier wenigstens ist man einstimmig in dem Lobe dieses ausgezeichneten Diplomaten, den man stets ehrenhaft und wohlwollend wirken sah. Dies mag ihm um so mehr zum Verdienste angerechnet werden, als es bekannt ist, wie andere preussische Diplomaten eine Parteipolitik verfolgten, zu der die vorsichtige Haltung ihrer eigenen Regierung viel gewiß nicht ermächtigte. Was den Grafen Brassier de St. Simon anbetrifft, so ist hier allgemein die Ueberzeugung herrschend, daß nicht leicht ein Vertreter Preußens die Interessen nicht allein aller Preußen, sondern auch aller Deutschen, deren Schutz ihm, welchem Staate sie auch angehören, thatsächlich obliegt, unter so schwierigen Verhältnissen in loyalerer Weise wahrnehmen könnte. Der vom waghalsigen Kriegszuge zurückkehrende Garibaldianer, der besiegte neapolitanische Soldat, der entlassene päpstliche Soldat, alle fanden Schutz und Hilfe, wie sie deren bedürftig waren; und die hiesige Regierung war mehr als einmal in dem Fall, zu wünschen, daß die Vertreter anderer Staaten in dieser Hinsicht sich das Benehmen des preussischen zum Muster dienen lassen möchten. (R. Z.)

Neapel, 23. April. [Ueber den Aufstand in der Basilicata.] Schreibt man der „Allg. Stg.“ von hier: „Es waren fünf Bataillone mit einigen Geschützen und außerdem die Nationalgarde jener Provinz gegen die Königl. abgeschickt worden, welche man, wie es scheint, glaubte mit dieser Macht einschließen und fangen zu können. Da das ganze Land in einem weiten Umkreis von Meß, dem Hauptquartier der Aufständischen, von diesen besetzt war, so stießen die sardinischen Kolonnen sehr bald an verschiedenen Punkten auf einen kräftigen Widerstand, den sie nur nach hartnäckigen Gefechten und bedeutenden Verlusten zu überwinden

im Stande waren. Bei Avigliano fand ein solcher Zusammenstoß statt, in welchem die Königl. zurückgedrängt wurden, bei Barile nahm man eine kleine Bande fast ganz gefangen, und in einem Gefechte bei Venosa wurde diese Stadt zum Theil ein Raub der Flammen. Die Hauptmasse der Bourbonisten hatte nach diesen Gefechten ihrer vorgeschobenen Posten keine Lust, sich von der vereinigten feindlichen Macht in Meß einschließen zu lassen, und räumte deshalb mit jammert der provisorischen Regierung, an deren Spitze Aquilecchia und Collabella stehen, diesen Ort, in welchem die Sardinier, ohne einen Schuß zu thun, einzogen. Obgleich der Ort leer gefunden wurde, so nahm man doch etwa 50 Verhaftungen an denjenigen Bürgern vor, welche sich während der Besetzung der Stadt von den Königl. diesen günstig gezeigt hatten.“ — Die „Sentinella Abruzzese“ veröffentlicht das zu Civitella del Tronto gegen den Priester Jilli, der das Fort vertheidigte, von den Piemontesen gefällte Todesurtheil.

## Spanien.

Madrid, 28. April. [Die Annexion San Domingo's.] Die „España“ tritt entschieden zu Gunsten der Einverleibung San Domingo's auf und sucht der englischen und namentlich der amerikanischen Presse gegenüber diese Annexion zu rechtfertigen. „Unsere Armeen“, sagt sie, „werden diesem Brudervolke, welches um unsere Stütze nachsucht und sich rühmt, den spanischen Namen zu tragen, nicht das Geseß des Siegers auferlegen; sie werden in allen Fällen eine Pflicht des Anstandes erfüllen, indem sie dem die Hand reichen, welcher sie in würdiger Weise verlangt. Ohne Zweifel verstehen die Yankee-Journale dieses Benehmen nicht, wenn sie in ihrer Weise über ein Ereigniß in Aufregung gerathen, welches einen schlagenden Gegensatz zu den Akten der Seeräuberei bildet, an die uns ihre Landsleute gewöhnt haben. Die spanische Nation bedarf, um groß und geachtet zu sein, der Annexionen nicht, welche an der Tagesordnung sind. Die Annexionen, auf welche wir Anspielung machen, können nicht mit denselben verwechselt werden, welche in anderen Ländern stattfinden, indem Erstere die ewigen Prinzipien, auf welche das öffentliche Recht gegründet ist, verletzen. Niemals wird es ein Interesse für uns geben, das groß genug wäre, um diesen so verderblichen Beispielen unsere Bestimmung zu zollen.“ — Das Journal „El Pueblo“ ist in letzterer Beziehung anderer Ansicht. Es will namentlich den Verlust der Marken und Umbriens nicht der Treulosigkeit und dem Verrath zugeschrieben wissen. „Dieser Verlust“, sagt dieses spanische Blatt, „war die alleinige Folge der Verblendung, des Eigensinns und der Fehler des Papstes Pius IX., welcher die Worte Christi vergessen hatte, daß derjenige, welcher sich des Schwertes bedient, durch das Schwert umkommen wird; indem er zur Vertheidigung einer weltlichen Sache zu den Waffen rief, welche nichts mit den heiligen und göttlichen Interessen, welche dem heiligen Vater anvertraut sind, gemein hat.“

## Rußland und Polen.

o Aus dem Königreich Polen, 1. Mai. [Die Bauernagitation; Militärisches; Witterung.] Die meisten französischen Blätter mühen sich darin ab, die Maßnahmen der Regierung in Polen als überaus hart und der innern Entwicklung Polens abhichtlich entgegenwirkend darzustellen; auch viele deutsche Blätter stimmen mehr oder weniger in diese Phrasologie ein und suchen die Ansicht zu verbreiten, daß der Aufstand gegen die Regierung im Wachsen sei. Wir sind dagegen in der Lage, berichten resp. wiederholen zu können, daß Polen nicht mehr im Aufstande gegen die Regierung begriffen sei, daß aber die Agitatoren unter dem grundbesitzenden Adel jetzt das ernten, was sie gesäet. Wenn die Bauern jetzt beginnen, schwierig zu werden und an vielen Orten ihre Pflichtleistungen verweigern, ist das kein Wunder, denn sie haben es von ihren Herren gelernt und gesehen, wie ein Theil derselben sich in beständiger Opposition gegen die Regierung befand, die guten Absichten und Pläne derselben durch unnütze Demonstrationen zu vereiteln und unmöglich zu machen suchte und zuletzt durch offenes Herausfordern dieselbe zu Maßnahmen zwang, die endlich leider dahin führen mußten, daß Blut floß und Zustände eintraten, die drückend auf das ganze Land wirken. Die Bauern, durch solche Beispiele verführt, begehren jetzt auch mehr, als ihnen rechtlich zusteht, u. es verweigern die Robotpflichtigen an vielen Orten nicht nur ihre Dienste, sondern wollen sich auch zu keiner Zinszahlung oder Abgabe irgend einer Art für die ihnen zu überlassenden Ländereien verstehen; denn sie meinen, dieselben müsse man ihnen ohne jede Entschädigung von ihrer Seite, also als reine Schenkung zum ewigen Eigenthum überlassen. Auch jetzt freilich suchen die Polen alle Schuld von sich abzuwälzen und meinen, die Regierung habe das Ganze provoziert, um triftigen Grund zu haben, dem Lande von den gemachten Verheißungen nicht nur nichts zu gewähren, sondern auch beschränkend und unterdrückend gegen das polnische Volk vorgehen zu können. Im Koninkreich waren es bis gestern 30 Bauerngemeinden, gegen welche wegen Verweigerung der Robotpflicht obrigkeitlich vorgegangen werden muß; auch sind innerhalb 10 Tagen 6 Individuen zur Haft gebracht worden, welche sich mit Aufwiegelung der Leute abgaben und auf der That ergriffen wurden. — Vor mehreren Tagen war der Adjutant des Militär-gouverneurs von Kalisch in Konin, um sich von den Agitationen nähere Kenntniß zu verschaffen, und wo er alle diejenigen notirt haben soll, welche zur Erlangung der Unterschriften der Sturmpetitionen an den Kaiser besonders mitgewirkt haben. Wie man hört, sollen auch bereits mehrere Personen aus dem Kreise Weisung erhalten haben, sich in Warschau persönlich zu stellen. Außer den Aufwiegelungen durch bestochene Agenten dürfte der vom Bischof Marozewski erlassene Hirtenbrief über die Freilassung der Robotpflichtigen einen Theil der Schuld an den Auflehnungen der Bauern gegen ihre Herrrent ragen. Denn dieser Brief ist zwar keineswegs irgend ein Recht antastend oder verlegend, allein die Bauern haben bei Verlesung desselben von der Kanzel ihn nicht richtig verstanden und sich den Inhalt so interpretirt, daß der Kaiser den landbesitzenden Edel-leuten befohlen habe, ihren Bauern das Land ohne jede Entschädigung zu überlassen. Uebrigens muß bemerkt werden, daß die Bauern, welche sich gegen ihre Herren auflehnen, keineswegs ungestört und zur Emeute aufgeleitet, sondern sehr ruhig und für die Regierung gestimmt sind, und an mehreren anderen Stellen ist es vorgekommen, daß die als widerspenstig belangten Gemeinden auf bloßes Zureden obrigkeitlicher Personen resp. der Kreisraths wieder zu ihrer Pflicht zurückkehrten. Wie man gestern hörte, soll von der in



Koto stehenden Artilleriebrigade eine Batterie nach Konin verlegt werden. Die für den Monat März im Königreiche in Aussicht gestandene Rekrutierung hat nicht stattgefunden und scheint der gegenwärtige Heeresbestand sonach für die Regierung ausreichend zu sein. — Die Winterung steht trotz des anhaltend ungünstigen Wetters im Königreiche meist ziemlich gut; dagegen sollen die Frühsaaten von Erbsen und anderer Sommerung durch die Fröste stellenweise gelitten haben.

Warschau, 30. April. [Auflösung des provisorischen Munizipalraths; Stellung des Magistrats; Zeichen begängniß.] Der provisorische Munizipalrath hat sich heute aufgelöst. Sie wissen, daß der interimistische Minister des Innern, General Secowicz, die vom Munizipalrath gegen die restriktiven Instruktionen erhobenen Vorstellungen als begründet erkannte und sich aneignete. In der Sitzung des Administrationsrathes vom 19. d. stellte der General die Sache vor. Trotzdem wurde die Vorstellung mit Ausnahme des Punktes über die Regelmäßigkeit der Sitzungen abschlägig beschieden, bezüglich deren Regulierung auf die definitive Ordnung der Munizipalrathseinrichtung zurückgelegt. Seiner Erklärung treu, fand sich daher der Munizipalrath veranlaßt, sich aufzulösen. Das Protokoll der heutigen Sitzung lautet: „In Erwägung, daß die Anwesenden bei der mangelnden Entscheidung der Frage über die Organisation des provisorischen Munizipalraths die durch Art. 13 des Allerh. Ukas vom 26. März vorgeschriebenen Funktionen gewissenhaft zu erfüllen nicht in der Lage sein würden, und daß sie keine Mittel besäßen, die auf die ökonomische Verwaltung der Stadt bezüglichen Bedürfnisse vorzustellen, so wie in Anbetracht, daß das Gesetz über die Munizipalräthe in Kurzem erscheinen soll, bitten dieselben, sie von den ihnen zeitweilig aufgetragenen Verpflichtungen entbinden zu wollen.“ Man muß nämlich wissen, daß der hiesige Magistrat laut einer Verordnung von 1849 nur bis zu einer Summe von 45 R. S. (300 Fl. p.) selbst verfügen kann, sonst aber nichts ohne Einwilligung der Kommission des Innern zu thun befugt ist, und daß er außer dieser letzteren noch sechs anderen Behörden untergeordnet ist, welche in den verschiedenen Branchen das entscheidende Wort zu sprechen haben; und es wird einleuchten, daß, wenn die Munizipalität jene zerplitterten Verwaltungsangelegenheiten nicht zentralisiren und in nichts die Initiative ergreifen darf, ihre Wirksamkeit von vornherein gleich Null sein muß. Jene 6, die in der Stadt zu befehlen haben, sind: Der Militärgouverneur, für Pflaster, Wege, Kanalisation u.; die Einquartierungskommission, für die Truppen-einquartierungs-Auflagen, Präsident ebenfalls der Kriegsgouverneur; die Verwaltung des Kommunikationswesens, für Brücken, Straßen u.; der Stadtkommandant, für die Wasserleitung; die Feuerwache unter militärischer Direktion, für Löschanstalten; der Oberpolizeimeister, für exekutive Polizei. — Das Begräbniß des Dr. Moriz Wolff fand trotz des bekannten Verbots unter zahlreicher Begleitung statt; namentlich bemerkte man viele Israeliten. Die Geistlichkeit und der Leichenwagen waren von einem Spalier von Polizeibeamten umgeben. Hinter der Leiche folgte eine Schwadron Kavallerie mit General Wesselski an der Spitze. (Schl. 3.)

Warschau, 1. Mai. [Tagesnotizen.] Das Gesetz über die Regulierung der Bauernablösung wird in den nächsten Tagen bestimmt erscheinen. — Die ehemalige Bürgerdelegation hat für ihre staatsbürgerlichen Verdienste eine Dankadresse von Gutsbesitzern erhalten. — Als offiziell wird gemeldet, daß eine Militäraushebung in diesem Jahre nicht stattfinden werde. (Br. 3.)

### Türkei.

Konstantinopel, 30. April. [Telegr.] England und Frankreich haben sich über die Grundbedingungen der Reorganisation Syriens verständigt. Die Einzelheiten der Ausführung sollen mit der Pforte bis zum 5. Juni beraten und vereinbart werden.

### Amerika.

Newyork, 15. April. [Proklamation Vincolns; Rüstungen; der Fall des Forts Sumter.] Präsident Vincolin hat folgende, schon telegraphisch erwähnte Proklamation veröffentlicht:

Nachdem in den Staaten Süd-Karolina, Georgien, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana und Texas, vermöge so gewaltiger Kombinationen, daß sie weder durch die ordentlichen Gerichte, noch durch die dem Staatsmarschall zustehenden Befugnisse unterdrückt werden konnten, die Gesetze der Vereinigten Staaten seit einiger Zeit bis zu diesem Tage mißachtet worden sind und deren Handhabung verhindert worden ist, habe ich, Abraham Vincolin, Präsident der Vereinigten Staaten, kraft der mir durch die Verfassung und die Gesetze übertragenen Gewalt es für angezeigt erachtet, die Wiltz der verschiedenen Unionsstaaten bis zu 75,000 Mann einzuberufen, und thue ich dies hiermit, um besagte Kombinationen zu unterdrücken und die Handhabung der Gesetze zu sichern. Die betreffenden Details werden den Staatsbehörden durch das Kriegsdepartement unverzüglich mitgeteilt werden. Ich rufe alle loyalen Bürger auf, diese zur Aufrechterhaltung der Macht, der Integrität und der Existenz der Vereinigten Staaten, so wie zur dauernden Erhaltung der verfassungsmäßigen Regierung beschlossene Maßregeln zu fördern und zu unterstützen, um lange genug erduldetes Unrecht wieder gut zu machen. Ich halte es für geeignet, hier zu erklären, daß den hiermit einberufenen Mannschaften vor Allem wahrhaftig die Aufgabe zufallen wird, die Forts, die Plätze und das Eigenthum, welche der Union entziffen worden sind, zurückzuerobern, und es wird in jedem Falle, soweit es sich mit den angegebenen Zwecken verträgt, jede Verwüstung, Zerstörung oder Beeinträchtigung von Eigenthum, so wie jede Belästigung friedlicher Bürger in was immer für einem Theile des Landes, aufs sorgsamste vermieden werden. Ich befehle hiermit allen Jenen, aus denen besagte Kombinationen gebildet sind, sich binnen 20 Tagen von heute an friedlich nach ihren resp. Wohnorten zu verfügen. In dem Glauben, daß die gegenwärtige Lage des Staates außergewöhnliche Maßregeln erfordert, berufe ich hiermit, kraft der mir von der Verfassung übertragenen Macht, beide Häuser des Kongresses, die Senatoren und Repräsentanten werden daher aufgefordert, sich in ihren resp. Sälen am Donnerstag, dem 4. Juli, um 12 Uhr einzufinden, um dort diejenigen Maßregeln zu erörtern und zu beschließen, die sie vermöge ihrer Beisitz für die öffentliche Sicherheit und Wohlfahrt nöthig erachten. Und dessen unterzeichne ich hier eigenhändig und lasse dieses Dokument mit Siegel der Vereinigten Staaten versehen. Gegeben in der Stadt Washington, am 15. April, im Jahre unseres Herrn 1861, im 85. Jahre der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. Abraham Vincolin. Auf Befehl des Präsidenten: William Seward, Staatssekretär.

Was die Eindrücke dieses Schrittes betrifft, war bei Abgang des Postdampfers Berläßliches kaum noch mitzutheilen. Gouverneur Morgan von, Berichten aus Albany zufolge, bereit, 25,000 Mann für das Bundeskontingent zu stellen, und Gouverneur Curtin von Pennsylvania soll erklärt haben, sein Staat allein würde 100,000 Mann binnen 48 Stunden stellen, wenn es sich um die Vertreibung Washingtons handelte. — Im Uebrigen sind alle Zeitungen mit weiteren Berichten über den Fall von Fort Sumter angefüllt. Getödtet wurden in der That nur zwei Leute

und auch diese erst durch einen Zufall, als die Uebergabe des Forts mit Freundschaften gefeiert wurde. Sonst kamen Alle ohne Schaden davon, was Major Anderson selbst nur der Güte der barmherzigen Vorkehrung zuschreibt. Auch von Erbitterung beim Kampfe war nicht die Rede. Im Gegentheil bewiesen die Angreifer den Bertheidigern des Forts alle erdenklichen Aufmerksamkeit, schickten ihnen eine neue Sternennagel, als die alte zerbrochen war, und stellten ihnen ihre Löschapparate zur Verfügung, als das Holzwerk im Fort Feuer gefangen hatte. Nach der Kapitulation wurden die Bertheidiger in Charleston mit Ehren und großem Jubel empfangen, und Erbitterung zeigte sich nur gegen die Schiffe der Vereinigten Staaten, die müßig zugelegen hatten, als das Fort bombardiert wurde. Die Besatzung hatte Alles in Allem aus 70 Soldaten und 25 Handlagern bestanden. Das Fort hätte sich, auch ohne angegriffen zu sein, aus Mangel an Proviant nur einige wenige Tage halten können.

### Vom Landtage.

#### Herrenhaus.

Berlin, 2. Mai. [22. Sitzung.] Nach Erledigung einiger geschäftlichen Mittheilungen folgt der Bericht über die Grundsteuerentwürfe. Es melden sich sehr viele Redner zur Generaldiskussion. Dr. v. Zander spricht sich gegen den Kommissionsantrag aus, der dahin geht, die Gesetze abzulehnen. Die Gesichtspunkte, welche den Redner leiten, sind rechtlicher, finanzieller und politischer Natur. Es sei ein Gewicht darauf zu legen, daß die Umstände und Bedingungen, unter welchen jetzt die Vorlage eingebracht, wahrscheinlich künftig nicht so günstig sein werden. Der Regierung seien die zwei Millionen Thaler von 1866 an zu wünschen, das Bedürfnis spreche dafür, die Ausführung fordere keine unbilligen Opfer, und die Ausdauer, mit der die Regierung der Erledigung dieser Angelegenheit in diesem Jahre sich hingibt, lassen dieselbe dringlich wünschen. Die Grundsteuerfrage müsse und zwar jetzt gelöst werden. Zu Zwecken, wie diejenigen, welche die Grundsteuerregulirung verlangen, werde Jeder Opfer bringen, das sei mit Vertrauen zu erwarten. — Fürst Reuß glaubt, daß durch die Ausführung der proponirten Grundsteuergesetze dem Grundbesitz erheblicher Nachtheil erwachsen wird, besonders dadurch, daß das Kapital sich immer mehr vom Grundbesitz zurückziehen und den Werth dieses vermindern werde. Die Gefahr sei die, daß die Grundsteuer von denen bezahlt werden solle, die durch diese Besteuerung zur Zahlung einer doppelten Steuer verpflichtet würden, einer Grund- und einer Vermögenssteuer. Als Folge werde sich ergeben, daß in Zeiten der Noth es nicht wenige unverschuldete Güter geben werde, deren Leistungsfähigkeit zu einem Minimum gesunken sein werde. Das Herrenhaus werde gewiß stets bereit sein, dem Vaterlande mit Gut und Blut zu dienen, aber es werde es immer als Pflicht anerkennen, das Wohl seiner Leistung zu prüfen. — Graf Tscherning hält die Ausgleichung der Grundsteuer nicht für gerechtfertigt. Es lasse sich aber nicht leugnen, daß die diesjährigen Vorlagen weit gründlicher vorbereitet und daher besser seien, als die vorjährigen. Es sei nicht zu verkennen, daß, wenn auch nicht als Grundsteuer, so doch sehr erhebliche Lasten auf dem englischen Grundbesitz lasten; möge man daher bedenken, daß, da die Grundsteuer seit Jahren ein Zankapfel im Lande gebildet, es sich wohl empfehle, einer Frage ein Ende zu machen, die doch endlich erledigt werden müsse. Im Augenblicke liegen auch die Dinge so, daß ein Zusammenhang zwischen der Armeereorganisation und der Grundsteuerfrage wohl angenommen werden könne, und auch dies müsse einen Grund bilden, die Frage zu lösen. Auch sei wohl zu bedenken, daß es gerade die Feinde der Krone seien, welche am stärksten die Ablehnung der Vorlagen wünschen; das Haus sei daher dringend zu bitten, die Vorlagen anzunehmen. Das Interesse des Hauses habe ihn, den Redner, bewogen, zu sprechen, wie er gethan, anders habe er nicht gekonnt. (Bravo!) — Graf Frühl: Es liege noch keine Sicherheit vor, ob ein anderer Faktor der Gesetzgebung die Armeereorganisation durch seine Beschlässe stören werde, und es sei hiernach der Zusammenhang dieser mit der Grundsteuerfrage nicht zuzugeden. Der Bereitwilligkeit steter Steuerermäßigung gegenüber wüßte er sich unter ein Regiment zurück, das man das absolute nenne, unter ein Regiment, das mehr auf Steuerermäßigung als auf Steuererhöhung bedacht gewesen sei. — Herr Kummel: Es sei voranzusetzen, daß das Votum jedes einzelnen Mitgliedes des Hauses feststehe, und es könne ihm nicht einfallen, auf dasselbe von der Tribüne aus einwirken zu wollen. Er werde auch nicht versuchen, die Vorlagen zu begründen, sondern mehr nur die Seite ins Auge zu fassen, welche Stellung die vorliegende Frage in weiteren Lebenskreisen einnehme. Die Stimmung in verschiedenen Schichten des Volkes, selbst unter den sogenannten Konservativen, welche noch für eine Entschädigung wegen Aufhebung der Grundsteuerfreiheit sich äußern, sprechen sich bei jeder Ablehnung der Vorlagen gegen jede Entschädigung in späteren Zeiten aus. Es sei daher sehr zu wünschen, daß durch die Annahme der Vorlage das Vaterland in eine Lage gebracht werde, den Stürmen widerstehen zu können, die es bedrohen.

Herr Senft-Pilsach: Es werde nicht übel gedeutet werden können, wenn ein preussischer Herz das äußere, wovon es erfüllt sei. Die vorliegenden Finanzprojekte rühren nicht vom Finanzminister allein her, sondern auch von den Ministern v. Auerwald und Graf Schwerin, daher die Ausstellungen gegen die Vorlagen jene drei Herren treffen. Es sei nachweisbar, daß die kleinen Städte, welche ärmer würden, härter durch die Vorlagen getroffen würden, als die großen Städte, deren Wohlstand fortwährend zunehme. Es werde ein Projekt vorgelegt, nach welchem der Grundbesitzer Steuern für das Geld der Kapitalisten zahlen solle, und das sei nicht gerecht. Die projektirte Steuer werde am härtesten denjenigen treffen, der durch Unglück heimgejagt. Aber auch Berlin, dessen Grundwerth mit 139 Mill. Thlr. Schulden belastet sei, werde durch die Vorlagen hart getroffen, denn sie müßten die Steigerung der Mieten zur Folge haben und es sei die Wirkung in Berlin abzuwarten, wenn der erste Kanonenschuß am Rhein ertöne. Der Bauer werde zu den Vorlagen äußern: Wir geben die Soldaten, wir geben Grundsteuer, und nun sollen wir noch mehr Grundsteuer zahlen? und die Vorlage werde ihm unangenehm erscheinen. In Schlesien, wo von Grundbesitz Steuern gezahlt werden, der für die Zahler gar nicht existirt, werde die Last der projektirten Steuer noch empfindlicher wirken. Sehr zu bedenken sei auch der kolossale Unterschied des Grundwerthes am Rhein und in den östlichen Provinzen. Man könne mit dem Finanzminister darüber übereinstimmen, daß die Grundsteuer in den westlichen Provinzen erhöht werde, aber nicht darin, zu diesem Zweck auch andere Landestheile mit neuen Steuern zu beschlagen. Es sei sicher, daß, so wie die Vorlage vom Hause angenommen werde, auch folgende der Grundwerth um einige Prozent verlieren würde. Man sage, daß die Vorlagen im Interesse der Armeee eingebracht seien, aber die Armeee, die wenigstens in den Angehörigen durch dieselbe hart getroffen werde, werde nicht begreifen können, warum das große Kapital frei bei dieser Lösung ausgehen solle. Die Grundsteuerfrage schwabe seit 10 Jahren und als Führer der Partei, welche diese Frage immer wieder angeregt, hätten sich die Männer herausgestellt, welche jetzt die Ministerplätze einnehmen. Die konservative Partei werde thun, was sie für Pflicht halte, wenn sie sich auch erinnere, daß die letzten Ernennungen zur Mitgliedschaft des Hauses ihr Votum schwäche. — Der Finanzminister Freiherr v. Patow: Die materielle Seite der Vorlage sei vom Vorredner wenig berührt, daher er sich die Antwort darauf sparen könne; er habe aber auch von den letzten Ernennungen gesprochen und da halte er sich für verpflichtet, einen solchen Angriff gegen das Recht der Krone entschieden zurückzuweisen.

Herr Camphausen (Köln): Nämlich man an, die Regierung wäre alsbald nach Erlass der Gesetze von 1807 und später zur Ausführung der Grundsteuerregulierung geschritten, dann würde dieselbe spätestens im Jahre 1820 ihre Erledigung gefunden haben. Es müßte der Erledigung der vorliegenden Frage nachtheillich sein, wenn man sie zur Parteifrage macht, während sie eine Finanzfrage und eine Frage des Rechts ist. Ohne Zweifel sei die lange Vertagung der Frage als ein Mittel benutzt worden, den Partikularismus der Provinzen zu erhalten. Man sei sogar in Absicht dazu zu dem exzentrischen Vorgehale gelangt, die Ungleichheit der Grundsteuer durch eine Ungleichheit der Klassensteuer auszugleichen. Der Redner sucht nun durch konkrete Beispiele die Einwürfe zu widerlegen, welche von den einzelnen Grundbesitzern gegen die Belastung ihres Besitzthums mit Grundsteuern beigebracht worden; es sei aber nachweisbar, daß der Grundbesitz an Werth zugenommen und der Wohlstand der Grundbesitzer gestiegen sei. So seien z. B. allein aus den beiden Häfen Danzig und Königsberg an landwirtschaftlichen Produkten von 1857—60 alljährlich 46,000 Last mehr ausgeführt worden. Für die steigende Bewegung des Grundbesitzes auch in den östlichen Provinzen spreche Vieles, und Schubert in Königsberg, wohl eine Autorität, habe nachgewiesen, daß diese Bewegung von 1840—60 eine Verdoppelung des Grundwerthes darstelle. Es stehe fest, daß gerade in

den Provinzen, für welche die vorliegende Frage besonders Bedeutung habe, der Grundbesitz besonders gestiegen sei. Der Redner verläßt seinen Platz mit der Hoffnung, daß die Grundsteuerfrage endlich eine Lösung erhalten werde, nach welcher die Lasten künftig von gleichen Schultern getragen werden. (Schluß morgen.)

#### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 2. Mai. [44. Sitzung.] Der gestern telegraphisch gemeldete Antrag des Abgeordneten Dr. v. Niegolewski lautet wörtlich: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, auf Grund des Art. 82 der Verfassung eine Kommission zu ernennen zur Untersuchung der Thatfachen, welche bereits in den Begründungen der Interpellationen vom 11. April 1859 und 12. Mai 1860 vorgebracht worden sind, als auch derjenigen mit ihnen im Zusammenhange stehenden Thatfachen, die dem Antragsteller, aber erst später, bekannt wurden. Insbesondere 1) über die Thatfachen: Daß eine revolutionäre Proklamation gegen den Kaiser von Rußland d. d. London 28. Mai 1858 in Polen im amtlichen Auftrage heimlich nachgedruckt worden und daß Beamte diese Nachdrücke im In- und Auslande verbreitet haben, und zwar: im Inlande, um die Polen zu provoziren, im Auslande namentlich unter der russischen Polizei, um Verdächtigung, Verfolgung und Unzufriedenheit zu erwecken, und zwar sind sowohl verfaßte als mitgetheilte Proklamationen nicht als amtliche Nachdrücke, sondern als Londoner Originalreplare ausgegeben worden. 2) über die Thatfachen: Daß Beamte eben derselben Behörde, welche den Nachdruck und die Verbreitung der revolutionären Proklamationen besorgt hatten, zugleich auch die Urheber zahlreicher Zeitungsartikel im In- und Auslande gewesen sind, welche alle polnischen Lande als einen Herd der revolutionären Konspirationen verdächtigten; daß im Zusammenhange mit diesen Verdächtigungen von eben derselben Behörde gedruckte sogenannte „vertrauliche Mittheilungen“ an die betreffenden Behörden des preussischen Staates ausgegangen, in denen jene Zeitungsverdächtigungen in der Sprache offizieller Bestimmtheit amtlich bestätigt wurden; daß diese sog. vertraulichen Mittheilungen gerade an demselben Tage, den 25. Juli 1858, begannen, an welchem die nachgedruckten revolutionären Proklamationen als Londoner Originale per Post an Privatpersonen versandt wurden; daß endlich die sog. vertraulichen Mittheilungen sich gerade um die Zeit auffällig häuften als man die Ankunft Kaiser Alexanders in Warschau erwartete und daß sie gerade damals die Zustände Polens unter russischer Herrschaft, namentlich die vom Adel freudig begrüßte Emanzipation des Bauernstandes, verdächtigten; und endlich daß im Zusammenhange mit den vorerwähnten Zeitungsberichten und „vertraulichen Mittheilungen“ der damalige Ober-Präsident des Großherzogthums Posen am 24. Juli 1858 einen Erlaß an die Beamten ergehen ließ, indem er dieselben aufforderte zur Wachsamkeit gegen die angeblichen, in der That aber fingirten und heraufzubewogenden revolutionären Umtriebe, insbesondere aber zur Fahndung auf die erst am folgenden Tage, den 25. Juli 1858 von den Behörden an Privatpersonen versendeten revolutionären Proklamationen. 3) über die Thatfache: daß der als Beantwortung der ersten Interpellation in dem hohen Hause von der Staatsregierung verlesene Bericht auf wesentlich unrichtigen Angaben eines höheren Beamten beruhe, welcher zum Zweck der dem hohen Hause vorgelegten Beantwortung eigens vernommen ward, und daß derselbe Beamte in Briefen d. d. 6. April und 11. April 1859 (die später bei den gerichtlichen Requisitionen als dienstlichen Inhalts bezeichnet wurden) die Disziplinaruntersuchung eine „Albernheit“ nennt und den zur Disziplinaruntersuchung gezogenen ihm untergebenen Beamten mit der Versicherung beruhigt: „Herr Unterkassenssekretär Sulzer und Herr Geh. Rath Noack sagen mir, um es Ihnen in ihrem Namen mitzutheilen, daß es (die Disziplinaruntersuchung) eine leere Form sei, und Sie ohne Nachtheile daraus hervorgehen werden.“ 4) über die Thatfachen: daß unter den Beamten des Großherzogthums Posen ein Komplott bestanden, welches unter falschem Namen als angeblich polnisches Revolutionskomitee einen obskuren Kommunistenklub in England aufstellte, mit demselben in dauernde Korrespondenz trat, ihm die Zustände in Polen als völlig durchwühlt, ja als ein „Pulversfaß“ schilderte, das nur des zündenden Funkens zur Explosion bedürfe, daß es ihn aufforderte, seine Theorien That werden zu lassen, und endlich zur sozialen Revolution, zum Morde des polnischen Adels und der Geistlichkeit, ja selbst zum Morde des Kaisers der Franzosen aufgestachelt hat; daß dieses Komplott bei dem Kommunistenklub sich Emissäre für die polnischen Lande, insbesondere für die unter russischer Herrschaft, vertrieben, und daß es einen derselben auch nach dem Großherzogthum Posen gelockt hat, um ihn nach ruhiger Gewährung eines ungehörten Aufenthalts zu revolutionären, freilich ohne Anhang und Anklang gebliebenen Wühlereien als offensibeln Beweis existirender revolutionärer Umtriebe gerade am Tage vor den Abgeordnetenwahlen selbst polizeilich zu verhaften und kriminalisch bestrafen zu lassen, was auch mit zwei Jahren Zuchthaus geschehen ist; daß in den „vertraulichen Mittheilungen“ jener aufgegriffene Emissär und insbesondere auch noch eine angeblich aufgegriffene revolutionäre Proklamation als Beweis für die wirkliche Existenz revolutionärer Bestrebungen im Lande benutzt wurden, und zwar eine revolutionäre Proklamation, zu dessen Abfassung das Komplott der Beamten selbst Anleitung und Grundlage angegeben, und zu deren Herstellung die Geldbeträge baar nach London eingefandt hat. 5) über die Thatfache: daß der Herr Minister des Innern durch eine Denkschrift, die ihm ein mit diesen Umtrieben wohl vertrauter Beamter bereits im Februar 1860 überreicht hatte, Kenntniß erhalten sowohl von der Existenz und dem Treiben jenes Komplotts, wie überhaupt von dem in dem Großherzogthum Posen von den Behörden gegen die Polen beliebten Verfahren, daß der Herr Minister aber trotz alledem jenen Umtrieben und jenem Verfahren keinen Gehalt gethan und daß auch in Folge dessen das Beamtenkomplott sogar die inkriminirte Korrespondenz bis zum Tage der Begründung der zweiten Interpellation, den 12. Mai 1860, ungestört fortgesetzt und von den ferneren Umtrieben nicht nachgelassen hat. 6) über die Thatfache: daß gegen keinen der bei diesen Umtrieben theilhaftigen Beamten bisher eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden ist.

Motive: Bei Begründung der Interpellationen vom 11. April 1859 und insbesondere der vom 12. Mai 1860 sind Beamte nicht nur einer aufrührerischen, systematisch provozirenden Agitation im Großherzogthum Posen, ja sogar eines Komplotts gegen die Polen beschuldigt worden, und zwar eines Komplotts, das weit über die Grenzen des Großherzogthums Posen und des preussischen Staates sich erstreckte und vor keinem Mittel zur Durchführung des (Fortsetzung in der Beilage.)



vorgestelltes Ziel zurückzuführen. Es genügt der Hinweis auf die Anreizung zum Mord des polnischen Adels und der katholischen Geistlichkeit, auf die Anreizung durch Verbreitung von Unmuthen heimlich nachgeahmter Proklamationen gegen den Kaiser von Russland, endlich der Hinweis auf die Anreizung der polnischen Emigration zum Mord des Kaisers der Franzosen. Obgleich der Minister des Innern in der auf die vorjährige Interpellation ertheilten Antwort erklärt hat, dass, wenn die bei der Begründung der Interpellation vorgebrachten Thatsachen alle wahr wären, die Sache nicht vor das Haus der Abgeordneten, sondern vor die Staatsanwaltschaft gehöre, so ist dennoch bis jetzt bei der Notizität der Anschuldigungen eine Untersuchung zur Feststellung des Thatsachens nicht veranlaßt, wiewohl der Interpellant, gerichtlich vernommen, den ganzen Inhalt der Interpellation nicht nur bestätigt, sondern denselben erweitert hat, und obgleich einer der am Meisten dabei gratulirten Beamten keinen Anstand genommen hat, in einem öffentlichen Blatte u. A. gleichsam zur Verhöhnung selbst die Führung unter falschem Namen der von dem damaligen Interpellanten und gegenwärtigen Antragsteller infrimierten Korrespondenz einzuräumen. Insbesondere ist dabei hervorzuheben, daß selbst die dem hohen Hause als Antwort der ersten Interpellation auf Grund der Auslassung eines hierzu eigens nach Berlin berufenen Beamten vorgelegene Relation in wesentlichen Punkten auf wesentlich von ihm unrichtig angegebenen Thatsachen basirt. Nach jener Relation hätte nämlich ein ihm untergeordneter Beamter die Verbreitung der aufreißerischen Proklamation „ohne Wissen und Genehmigung seines Vorgesetzten“ veranlaßt, wogegen gerade das Gegentheil durch das den Polizeirath Niederstetter freisprechende Erkenntnis des Staatsministeriums vom 1. Februar 1861 festgestellt worden, indem danach der Niederstetter nicht nur mit Wissen und Genehmigung, sondern unter Mitwirkung seines Vorgesetzten, jenes Beamten, der die Schuld auf ihn gewälzt hat, gehandelt hat. Zugleich ist eine Untersuchung zur Feststellung des Thatsachens nicht eingeleitet, vielmehr sind Schuldige noch immer in ihrem Wirkungskreise und ohne belassen worden. Dagegen haben sich Requisitionen der Staatsanwaltschaft dahin verriert, durch zahlreiche gerichtliche Vernehmungen von Mitgliedern des hohen Hauses und dem Interpellanten befreundeten Personen zu ermitteln, auf welche Weise sich derselbe Kenntniß der seiner Interpellation zu Grunde liegenden Thatsachen verschafft, insbesondere darüber, in welcher Weise der Interpellant sich in den Besitz der von ihm produzierten v. Bärensprung'schen Relatione gesetzt hat, die, obgleich sie keine Journal- und Registraturnummer tragen, als „dienstliche Inhabit“ in den gerichtlichen Requisitionen bezeichnet sind. Es wird hierdurch der schmerzliche und beklagenswerthe Schein erzeugt, daß die angeklagten Beamten nicht aus sich selbst, sondern im Sinne der Regierung gehandelt haben, welcher Schein leider darin seine traurige Unterlage finden könnte, als der Staatsregierung das verbrecherische Treiben der Behörden, dem bereits Opfer gefallen waren, Monate lang vor Begründung der vorjährigen Interpellation angezeigt worden ist und die Regierung dadurch in der Lage war, dem weiteren Unweil vorzubeugen. Durch solches Verfahren wird und erhält die Staatsregierung die von den Beamten bezweckte Aufregung im Lande, untergräbt den moralischen Sinn und führt auch das Land dem materiellen Ruine entgegen. Im Interesse des Landes, welches der Antragsteller die Ehre hat, zu vertreten, als auch im Interesse der Humanität und Zivilisation, ja sogar im Interesse der Staatsregierung selbst, sieht sich der Antragsteller genöthigt, wie peinlich es ihm auch ist, abermals auf denselben Gegenstand vor dem hohen Hause zurückzukommen und seinen Antrag zu stellen. Bei der bisherigen Erfolglosigkeit seiner früheren Interpellationen muß wenigstens die Feststellung derjenigen Thatsachen erfolgen, welche den Beamten zum Vorwurf gemacht worden sind. Der Antrag ist vollständig gerechtfertigt, da die hohe Staatsregierung selbst, wenn sie auch bei anerkannter Schuld keine

Schuldigen gefunden, dennoch die Wichtigkeit der qu. Interpellation anerkannt hat und die Unterzeichner derselben wie des gegenwärtigen Antrages durch die Feststellung der Thatsachen den unumstößlichen Beweis der vollen Wahrheit geben wollen, um mögliche spätere Vorwürfe wegen ihrer unerwiesenen Behauptungen vorweg zu verhehlen. Was nach der Feststellung der Thatsachen noch zu thun übrig sein wird, das bleibe der Ehre, der Weisheit, dem Rechtsinn des hohen Hauses anheim gegeben. Der Antragsteller, Dr. v. Niegolewski, unterstützt durch: Bolkowski, Wielozynski, Bentkowski, Gzieszkowski, Eyskowski, Chlapowski, Plater u. s. w.

Es entspann sich eine Debatte über die Behandlung des Antrags zwischen den Abgg. v. Berg, v. Vinde, v. Ammon, Schottki, Rohden und v. Gieszkowski, welche damit endet, daß der Antrag der Justizkommission überwiesen wird, um über die Vorfrage zu berathen, ob das Haus eine Untersuchungskommission niederlegen soll.

Außer dem vorstehenden Antrag des Abg. v. Niegolewski und der Interpellation des Abg. v. Vinde über die MacDonald-Angelegenheit, welche Freiherr v. Schleinitz nächsten Montag beantwortet zu wollen erklärt, brachte der Präsident des Hauses 39 Abänderungen zur Geschäftsordnung ein, worauf das Haus den von den Abgg. Rohden und Genossen vorgelegten Entwurf wegen Aufhebung der Stempelpflichtigkeit bei Uebertragungsverträgen an Besizenden nach den Kommissionsvorschlägen und mit dem vom Abg. Kühne (Berlin) vorgebrachten Zusatz, daß das Gesetz am 1. Januar 1862 in Kraft treten solle, annimmt. Bei der Berathung über die Novelle zur Städteordnung oder vielmehr über die Frage: ob Novelle, ob Rodifikation, trägt die Regierung mit Hilfe aller anderen Fraktionen einen Sieg über die Fraktion Vinde davon, indem das Haus, freilich mit geringer Majorität, den §. 1 des Kommissionsentwurfes verwirft und damit das Prinzip der Rodifikation, dagegen den von der Regierung betretenen Weg der Novelle, deren Berathung morgen beginnen wird, gutheißt.

### Polales und Provinzielles.

Posen, 3. Mai. [Witterung.] Die Hoffnung, der beginnende Mai werde die Unbilden des April wieder gut machen und uns endlich die lange ersehnte Frühlingswärme bringen, hat sich leider nicht realisiert. Regen- und Schneesturm, wenn auch bei etwas erhöhter Temperatur, haben nicht nachgelassen, und in der verflochtenen Nacht hatten wir wieder einen scharfen Frost und an schattigen Stellen der Straßen und Dächer war der dabei gefallene Schnee theilweise noch bis gegen Mittag liegen geblieben.

P. Mur. Gostin, 2. Mai. [Zubilarum.] Ein seltenes, hier noch nicht dagewesenes Fest, das 50jährige Jubiläum des Bürgermeisters Neubauer, wurde gestern in würdiger Weise gefeiert. Die Amtseure des Jubilars belohnte der Allerhöchste ihm verliehene Rother Adlerorden 4. Klasse; die Hochachtung und Dankbarkeit der Bürger fand ihren Ausdruck durch Ueberreichung eines silbernen, reich vergoldeten Pokals; von seinen zahlreichen Freunden im Kreise wurde dem Jubilare ein silberner, sehr schön gearbeiteter Becher übergeben. Eingeleitet durch Revellie und Parade des Schützenkorps, schloß das schöne Fest mit einem solennen Mittagmahl von einigen vierzig Rouverts im geschmackvoll decorirten Saale.

r. Pleichen, 2. Mai. [Schulverhältnisse.] Wie schon in Nr. 86 angedeutet wurde, ist unsere deutsche Bürgerschule jetzt mit 8 Lehrern besetzt. Ein kurzer Rückblick wird uns zeigen, welchen erfreulichen Aufschwung das

Schulwesen in kurzer Zeit bei uns genommen hat. Noch im Jahre 1852 erlitt die hier nur eine einzige Schule mit 5 Klassen. Die Verhältnisse machten den Wunsch rege, die Schulen nach Befähigung zu trennen, und so vereinigte sich die evangelischen Einwohner der Stadt mit den jüdischen zur Begründung einer neuen Schulgenossenschaft, und stellten an der neugegründeten Schule 3 Lehrer, mit einem Rektor an der Spitze, an. Allmählich wuchs die Schule zu einer 7klassigen mit 7 Lehrern an. Bei Beginn des vorigen Jahres wurde von dem Schulvorstande beschloffen, in den oberen Klassen die Mädchen von den Knaben zu trennen und zu diesem Behufe einen achten Lehrer zu berufen, welcher indeß erst mit Beginn des neuen Schuljahres 1861 eintreten konnte. Der Unterricht wird jetzt vollständig in 8 Klassen erteilt, und zwar in 3 Elementarklassen mit gemischten Geschlechtern, in 2 Mädchenklassen und in 3 Knabenklassen, wo auch lateinisch und französisch gelehrt wird. Die Bestrebungen des Schulvorstandes für Hebung der Schule sind um so mehr anzuerkennen, als die Schulgenossenschaft bedeutende Opfer zu bringen hat, da von der königl. Regierung nur ein geringer Beitrag zur Erhaltung der Schule gegeben wird. Auch von katholischer Seite wurden bedeutende Anstrengungen gemacht, um die katholische Schule zu heben, und endlich sind diese Bemühungen dadurch mit Erfolg gekrönt worden, daß am 1. April d. J. eine Rektorklasse errichtet wurde, und somit auch hier der fremdsprachliche Unterricht gepflegt wird. Mit Entsetzen des noch fehlenden sechsten Lehrers soll, wie wir vernahmen, auch an dieser Schule eine besondere Mädchenklasse gegründet werden. Außer den beiden genannten Schulen existirt hier noch eine jüdische Religionschule, an der 4 Lehrer wirken, jedoch hat der Kostenpunkt, sowie die Ueberbürdung der jüdischen Kinder mit Schulstunden vielfach den Wunsch rege gemacht, diese Schule aufzulösen und den jüdischen Religionsunterricht in den Unterrichtsplan der deutschen Bürgerschule mit aufzunehmen, zu welchem Zweck alsdann an dieser Anstalt noch ein oder zwei jüdische Lehrer angestellt werden müßten. Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird schon seit Jahren an der deutschen Bürgerschule von 2 Lehrerinnen erteilt und steht unter Aufsicht des hiesigen evangelischen Frauenvereins. Referent glaubt, auf diese Verhältnisse um so mehr aufmerksam machen zu müssen, als sich jetzt Pleichen den Städten würdig anreicht, die es den Eltern ermöglichen, ihren Kindern am Orte selbst die nöthige Ausbildung für das bürgerliche Leben, sowie die Vorbildung für die Mittellassen höherer Schulen geben zu lassen. Einen erfreulichen Beweis für das eben Gesagte liefert auch die Zunahme der auswärtigen Schüler an beiden Anstalten.

### Ungekommene Fremde.

Vom 3. Mai.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Prem. Lieutenant Wagner aus Keisse, Gutsb. v. Buchholz aus Ladendorf, Fräulein v. Rosenburg-Eipinska aus Breslau, Fräulein Kitzkowski und Frau Rohrmann aus Dwinöw und Kaufmann Köhler aus Berlin.  
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Militär-Intendant des 2. Armeekorps v. Reichenbach aus Stettin, Gutsb. Bethe aus Reichenbach, Lieutenant im 2. Landwehr-Infanterie-Regiment Hoffmann aus Rudolice, Hoflieferant Jendryski aus Königsberg, die Kaufleute Magnus und Meyer aus Berlin, Steinhäuser aus Bamberg, Döring aus Leipzig und Schäfer aus Schwerta.  
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsb. Vandelow aus Dobryce, Affekuranz-Inspektor Krüger aus Dresden, Architekt Blauer aus Breslau, Gutsb. Walz aus Göra, die Kaufleute Nauch aus Gmünd, Zemel aus Aachen, Unruh aus Frankfurt a. O. und Lang aus Gmünd.  
HOTEL DE PARIS. Gutsb. Michalek aus Lagiewnik, Partifulier Michalowski aus Wargowiz und Kaufmann Kollat aus Mikolaw.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Bad Reinerz, Grafschaft Glatz, Preussisch-Schlesien.

Die hiesige Bade-, Brunnen- und Wolkencur-Anstalt, deren Auf namentlich bei Krankheiten der Respirationsorgane, Reizung zu Katarrhen, chronischem Catarrh des Kehlkopfes, der Luftröhre und der Bronchien, Anlage zur Tuberkulose, ausgebildeter Tuberkulose, ferner gegen Erythelose — die Grundlauge der Tuberkulose, allgemeine Entkräftung nach schweren Krankheiten oder Säfteverlusten, Bleichsucht u. s. w. zu begründet und allgemein bekannt ist, als daß eine weitere Auseinandersetzung der eigenthümlichen Wirkung unserer alkalisch-erdigen milden Eisenquellen und unserer vorzüglichen Ziegenmilch hier Platz greifen müßte, wird zum 10. Mai eröffnet und Ende September geschlossen.

Wegen Wohnungsbestellungen wollen sich die resp. Kurgäste an unseren Badeinspektor, Herrn v. Nitowsky, wegen Brunnenverwendung an den Kaufmann Bilalawek wenden. Anfragen in ärztlicher Beziehung wolle man an die hiesigen Aerzte, Herren Dr. med. Gottwald und Sanitätstath Kunze richten.

Wer Anspruch auf Freikur machen will, hat seine Armuth und Mittellosigkeit, wenn er in der Stadt wohnt, durch ein von dem Magistrat oder Ortsvorstande ausgefertigtes Attest, wenn er auf dem Lande seinen Wohnsitz hat, durch ein vom Landrathsamt oder Pfarramt beglaubigtes Attest des Ortsgerichts, darzuthun, zugleich aber die Nothwendigkeit der Badekur durch ein ärztliches Zeugnis, so wie daß er während der Badekur die nöthigen Subsistenzmittel besitze, nachzuweisen. Ohne diese Nachweise kann keine Freikur bewilligt werden, worauf wir zur Vermeidung von Zurückweisung hinweisen, mit dem besonderen Bemerkens, daß unsere Inspektion angewiesen worden, nur solche Personen zur Freikur zuzulassen, welche unmittelsbar von dem unterzeichneten Magistrat die Zulassung der Freikur erlangt haben. Ferner wird bemerkt, daß Freikuren nur vom Beginn der Badesaison vom 10. Mai c. bis 15. Juni und vom 15. August bis Ende der Saison gewährt werden; in dringenden Fällen, welche gehörig bescheinigt sein müssen, wird indeß auf Gewährung von Freikuren während der übrigen Saison billige Rücksicht genommen werden.

Reinerz, den 13. April 1861.  
Der Magistrat.  
gez. Bayer.

### Wasserheilanstalt

in Charlottenburg, 1/2 St. von Berlin und am Thiergarten reichend gelegen. Billige Pension.  
Dr. Eduard Preiss.

Am 1. Mai d. J. trete ich mein Amt als Rechtsanwalt und Notar in Rogasen an.  
Polomski.

### Vorläufige Anzeige.

Nachdem der bisherige Agent, Herr W. Schmädde, die Agentur der Kölnischen Feuerversicherungsgesellschaft Colonia niedergelegt hat, ist dieselbe dem Kaufmann Herrn W. Magnuszewicz hierelbst, vorbehaltlich seiner Befähigung Seitens der königl. Regierung, übertragen worden, was hierdurch zur vorläufigen Kenntniß der Versicherten gebracht wird.  
Posen, den 2. Mai 1861.  
C. Linz,  
Inspektor der Colonia.

### Bergbau-Aktiengesellschaft „Weichsel-Thal“.

In Gemäßheit des §. 26 unseres Statuts berufen wir hierdurch auf Montag den 3. Juni d. J. Vormittags 11 Uhr in Moritz Hotel zu Bromberg die ordentliche diesjährige Generalversammlung unserer Gesellschaft. Die Herren Aktionäre werden hierdurch zu derselben mit dem Bemerkens eingeladen, daß folgende Gegenstände die Tagesordnung bilden:  
1) Geschäftsbericht des Verwaltungsraths nebst Vorlage der Bilanz pro 1860;  
2) Berichterstattung der Revisionskommission;  
3) Antrag des Verwaltungsraths: den zu §. 23 des Statuts gefaßten Beschluß der außer-

ordentlichen Generalversammlung vom 16. Januar 1860 zu erneuern;  
4) Wahl zweier Verwaltungsrathsmitglieder;  
5) Wahl der Revisionskommission.  
Wegen der Legitimationsführung verweisen wir auf den §. 26 des Statuts.  
Bromberg, den 1. Mai 1861.  
Der Verwaltungsrath.

Den hohen Herrschaften und dem hochgeehrten hiesigen und auswärtigen Publikum empfehle ich mich als Brunnen- und Kuchmeister, und verspreche in dieses Fach einschlagende Arbeiten auf das Pünktlichste, Reellste und Soldeste zu befehlen, und zwar unter Garantie. Auch übernehme ich künstliche Wasserleitung zu soliden Preisen unter reeller Bedienung.  
J. Beck, Wallischei Nr. 15.

### Grasreiche Wiesen

werden zu pachten gesucht. Adressen sub A. T. 66. poste restante.

### Hopfenpflanzen,

150 Schock, sind zu haben bei  
T. Fenske, Reutomyhl.

### Morgen den 3. Mai c.

mit dem Nachmittagszuge bringe ich einen Transport frischmelkender

Regbrücher

Rühe nebst Kälbern nach Posen und logire in Budwig's Hotel, Rammerei-platz Nr. 18/19.  
Klakow, Viehhändler.

## Annaberger Gebirgskalk.

Den wegen seiner Reinheit und Ergiebigkeit sich vor allen anderen Kalken rühmlichst auszeichnenden Annaberger Gebirgskalk empfehle ich lose und in Tonnen zu den billigsten Preisen. Aufträge auf ganze Wagenladungen nach allen Stationen werden pünktlich ausgeführt und übernehme ich auf Verlangen den Weitertransport nach Orten, die nicht an der Bahn liegen.

Carl Hartwig, Wasserstraße Nr. 17,  
Vertreter des Annaberger Gebirgskalk-Vereins.

### Dachpappe

aus der vorzüglichen Fabrik von  
W. Wolfheim in Stettin  
hält großes Lager und übernimmt Eindeckungen jeder Art  
Julius Scheding,  
Posen, Wallischei an der Brücke.

Das größte Lager gedrehter Lederer  
Alter- oder Farnalgeschirre, sowie  
seine leichte Sommergeschirre von  
Gurte mit Lederbesatz, beides komplet,  
empfehle  
die Niemerei- und Seilereifabrik  
von Julius Scheding,  
Verkaufslokal: Wallischei a. d. Brücke.

### Den Müttern angelegentlich empfohlen.

Für die verschiedenen Altersstufen sorgfältig zubereitet, bewährt sich dies Malzpulver zur  
Nahrung und Kräftigung der Kinder  
als ein vorzügliches, leicht verdauliches Nahrungsmittel, welches in den meisten Fällen selbst die Muttermilch zu ersetzen im Stande ist, das vornehmlich auch das Zahnen der kleinen Kinder sehr erleichtert und von selbst als Lieblingsnahrung gern genossen wird. —  
Indem wir daher mit gerechter Zuversicht die Aufmerksamkeit aller Mütter auf dies von kompetenter Seite angelegentlich empfohlen und sich in überraschender Mäßigkeit thatsächlich bewährende Nahrungsmittel hinlenken, bemerken wir noch, daß Dr. Merkel's Kinder-Malzpulver nur in Originalschachteln, die mit dem Siegel des Komponisten geschloffen sind, zu 7 1/2 Sgr. verkauft und Prospekte und Gebrauchsanweisungen gratis verabreicht werden.  
Haupt-Versendungskomptoir des Dr. Merkel'schen Kinder-Malzpulvers  
zu Berlin, Leipzigerstraße Nr. 24.

## Des H. Fr. Kreisphysikus Dr. Koch Kräuter-Bonbons

bewähren sich wie durch die zuverlässigsten Atteste festgestellt, vermöge ihrer reichhaltigen Bestandtheile der vorzüglichsten geeigneten Kräuter- und Pflanzenstoffe bei Husten, Heiserkeit, Nahrung im Halse, Verschleimung u. s. in allen diesen Fällen lindern, reißend und besonders wohltuend einwirken: sie erfreuen sich daher einer immer steigenden rühmlichen Anerkennung und werden überall, wo sie einmal gebraucht worden, vor anderen ähnlichen Präparaten bevorzugt. — Dr. Koch's kry. stallisirte Kräuterbonbons werden in länglichen, mit nebenstehendem Stempel versehenen Original-Schachteln, zu 5 und 10 Sgr. nach wie vor stets verkauft.

in Posen bei J. Menzel, Wilhelmstraße, neben dem Postgebäude, so wie auch in Birnbaum: J. M. Strich, Bromberg: C. F. Beleties, Chodziez: C. Breite, Frankfurt: Aug. Cleemann, Gnesen: J. B. Lange, Grätz: Rud. Mützel, Nowarclaw: H. Senator, Rempen: Gottschalk, Frankel, Kofen: B. Landsberg, Rowalewo: Franz Noetzel, Krotoschin: A. E. Stock, Eissa: J. L. Hausen, Lobens: L. P. Elisch, Ratel: L. A. Kallmann, Reutomyhl: C. J. Dampmann, Ostrow: Löbel Cohn, Pinn: Abrah. Lewin, Pleichen: Th. Musielewicz, Rawig: J. P. Ollendorf, Rogasen: Baruch Becher, Samter: W. Krüger, Schmiegel: Wolf Cohn, Schneidemühl: Julius Briese, Schubin: C. L. Albrecht, Schwerin: Moritz Müller, Trzemeszno: Wolf Lachmann, Wittow: R. A. Langiewicz, Wargowiz: J. E. Ziemer, Wreschen: Const. Winzewski und in Wronke bei L. Krüger.  
100 Stück Wasthammel stehen zum Verkauf auf  
Dominium Schokken.  
Frische Bücklinge sind zu haben  
Eichborns Hotel.  
Th. Kurts aus Swinemünde.





# Grüneberger Weintraubensaft

zu Frühjahrskuren.

Beim angetretenen Frühjahr erlaube ich mir wieder auf den von mir nur allein — nach ärztlicher Vorschrift konservierten Traubensaft, zu Portionstafeln (entsprechend 2 1/2 Pfd. Trauben) 7 1/2 Sgr. inklusive Glas, Riste und Kuranleitung, aufmerksam zu machen. Die Wirkung dieses ganz reinen Traubensaftes ist gleich heilsam, wie die frischer Trauben, und kann ich den resp. Bestellern mit den günstigsten Attesten von renommierten Ärzten und Konsumenten in großer Anzahl aufwarten, will jedoch durch deren Veröffentlichung nicht der üblichen Mode verfallen. Den Herren Ärzten offerire ich zur Prüfung Probefläschen gratis, so wie jede nähere Auskunft über dieses bewährte Heilmittel.

**Eduard Seidel in Grünberg in Schlesien.**

Neues Etablissement.

**Moser & Senftner,**

Stereoscopy-Fabrikanten,

Berlin, U. d. Linden 44 (Arnim's Hotel),

**Stereoscopy**

**Stereoscopybilder**

die grösste Auswahl, die besten Qualitäten,

die billigsten festen Preise.

Unserem Engros-Geschäft widmen wir besondere Aufmerksamkeit und gewähren Wiederverkäufern und Exporteuren entsprechenden Rabatt.

Eine Stube, mit oder ohne Möbel, ist sofort zu vermieten Königsstrasse 16.

Zwei möbl. Zimmer sind zu vermieten Wilhelmstrasse Nr. 3, drei Treppen.

Neupfader Markt Nr. 8, Parterre, sind zwei möblierte Stuben nebst Zubehör, wenn gewünscht auch mit Stallung, sofort zu vermieten. Das Nähere daselbst Parterre.

Eine Wohnung von 4 Stuben nebst Zubehör, wozu Stall für 1 Pferd, wird zu Michaelis in der H. Ritter-, Garten- oder Halldorfstrasse zu mieten gesucht. Wer? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Bei einem Fabrik-Etablissement kann ein umsichtiger und fester Mann gebildeten Standes, wenn auch sonst ohne Sachkenntnis, dauernde Anstellung als Inspektionsbeamter und Rechnungsführer erhalten. Die Stellung ist mit hohem Gehalt verbunden. Nähere Auskunft erteilt im Auftrage **H. Winkler in Berlin**, Fischerstr. 24.

Ein Defonon, der deutsch und polnisch spricht, gute Zeugnisse besitzt, militärfrei und unverheiratet ist, sucht zu Johann d. J. oder auch folgende eine Unternehmung.

Hierauf Reflektierende wollen ihre Adresse unter der Chiffre **C. M. A.** franco poste restante **Obornik** abgeben.

Meinen geehrten Kunden die ergebenste Anzeige, daß ich alle meine ausstehenden Forderungen dem Herrn **Morgenstern**, Wilhelmstrasse Nr. 4, zur Einziehung übergeben habe. Derselbe ist auch ermächtigt, diejenigen Beträge einzufordern, welche bis zum 15. kommenden Monats nicht eingehen. **Posen**, im April 1861.  
**Julia Nowicka.**

In der **J. J. Heine'schen Buchhandlung**, Markt 85, traf ein:

**Die Länder und Stätten der heiligen Schrift**, in ausgewählten Bildern, mit erläuterndem Texte,

von **Fr. Adolph Strauss**, Professor der Theol., Garnisonpred. v. Berlin, und

**Otto Strauss**, Licentiat der Theol., Divisionspred. zu Posen. Preis I. mit 4 Kupfern. 8 Sgr.

Für die Abgeordneten zu **Schwekau** sind ferner bei uns eingegangen:

3) 2 Sgr. 4) Ergebnis einer Sammlung in einer Familie 1 Zblr. 25 Sgr.

**Posen**, den 3. Mai 1861.

Die Zeitungsexpedition von **W. Deder & Co.**

**Familien-Nachrichten.**

Die gestern erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Anna geb. Wolff** von einem kranken Töchterchen, zeige ich Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch an. **Posen**, den 3. Mai 1861.  
**Adolph Alport.**

**Anwärter Familien-Nachrichten.**

Verlobungen. Zülchau: Fr. v. Schulz mit dem Leut. M. Roth, Fr. v. Gederstolpe mit dem Rittmstr. v. Stangen; Stettin: Fr. Herr mit dem Kreisger. Rath G. Bork.

Verbindungen. Magdeburg: Fr. Nethe mit dem Archivar v. Mühlverstedt.

Geburten. Ein Sohn dem Ger. Assessor v. Hülsen in Lützen, dem Retor Hoffmann in

Burg; eine Tochter dem Kammerherrn v. Engel in Breesen, dem Hrn. Endevert in Garz, dem Hrn. Jodis-Neukirch in Kaufungen, dem Hauptm. C. v. Reinhard in Danzig, dem Hrn. G. Bretschneider in Angermünde.

**Todesfälle.** Verheiratheter Revisor a. D. Himmel in Berlin, Regt. Arzt Dr. B. Hemig in Königsberg in Pr., Fr. Ch. v. Sanden in Görtz, verw. Frau J. v. Halle, Rittmeister v. v. Mohr, verw. H. v. Mohr in Berlin, verw. Fr. v. Barnelew, Hauptmann v. Giese in Berlin, verw. Fr. v. Kleist in Potsdam, Fr. v. Bohlen in Streu (Rügen), Kammerh. v. Clemens Willwig in Erfurt, Kadett C. v. Schönfeldt in Mühlhausen, verw. Freifr. v. Beust in Dresden, ein Sohn des Reg. Rath v. Zisch in Breslau und des Hrn. Hodgetts in Berlin, eine Tochter des Grafen v. Hindenstein in Ziebingen.

**Sonnabend den 4. d. Abendbrot**, wozu freundlichst einladet **Hilbert**, gr. Gerberstr. 6.

**Posener Marktbericht vom 3. Mai.**

	von	bis
Fein-Weizen, Schltz. 16 Mds.	3 —	3 3/4
Mittel-Weizen	2 20	2 25
Bruch-Weizen	2 15	2 17 1/2
Roggen, schwerer Sorte	1 25	1 27 1/2
Roggen, leichter Sorte	1 20	1 22 1/2
Große Gerste	1 10	1 15
Kleine Gerste	1 7 1/2	1 10
Hafer	24	28
Kocherbsen	1 20	1 25
Futtererbsen	1 15	1 17 1/2
Wintererbsen, Schltz. 16 Mds.	—	—
Wintererbsen	—	—
Sommererbsen	—	—
Sommererbsen	—	—
Butter, 1 Kilo (4 Berl. Dtl.)	15	17 1/2
Butter, 1 Kilo (4 Berl. Dtl.)	2 10	2 20
Roth. Klee, 100 Pfd. 3. G.	—	—
Weißer Klee, 100 Pfd. 3. G.	—	—
Heu, per 100 Pfd. 3. G.	—	—
Stroh, per 100 Pfd. 3. G.	—	—
Rübsen, 100 Pfd. 3. G.	—	—
Spiritus, per 100 Pfd.	—	—
ant 2. Mai	18 20	18 25
3.	—	—

Die Markt-Kommission.

**Kaufmännische Vereinigung zu Posen.**

Geschäfts-Verammlung vom 2. Mai 1861.

Roggen höher, gekündigt 25 Wispel, pr.

Mai-Juni 42 1/2 — 43 bz., Juni-Juli 43 bz.,

Juli-August 44 bz.

Spiritus etwas besser, gekündigt 54,000

Quart, mit Satz pr. Mai 18 1/2 bz., Juni 19 1/2

bz., Juli 19 1/2 bz., 1/2 Br., Aug. 19 1/2 bz., 1/2 Br.

Fonds.	Br. Gd. bez.
Preuß. 3 1/2 % Staats-Schuldssch.	87 1/2
4 % Staats-Anleihe	101 1/2
Neueste 5 % Preussische Anleihe	105 1/2
Preuß. 3 1/2 % Prämien-Anl. 1855	118 1/2
Posener 4 % Pfandbriefe	101 1/2
3 1/2 % neue	94 1/2
Schlef. 3 1/2 % Pfandbriefe	90 1/2
Westpr. 4 %	85
Posener Rentenbriefe	93
4 % Stadt-Obblig. II. Em.	90 1/2
5 % Prov. Obligat.	98 1/2
Provinzial-Bankaktien	82
Stargard-Posen, Eisenb. St. Akt.	—
Oberchl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—
Prioritäts-Obblig. Lit. E.	86 1/2
Polnische Banknoten	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—

**Wasserstand der Warthe:**  
Posen am 2. Mai Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 2 Zoll.  
3. 3. 3.

**Produkten-Börse.**

Berlin, 2. Mai. Nach amtlicher Feststellung durch die Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loco pr. 8000% nach Tralles frei ins Haus des Käufers geliefert am 26. April 1861. 19 1/2 — 19 3/4 Rt.  
27. 19 1/2 Rt.  
29. 19 1/2 — 19 3/4 Rt.  
30. 19 1/2 — 19 3/4 Rt.  
1. Mai 19 1/2 — 19 3/4 Rt.  
2. 19 1/2 — 19 3/4 Rt.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Berlin, 2. Mai. Wind: N. W. Barometer: 28. Thermometer: früh 3° +. Witterung: regnet und kühl.

Weizen loco 77 a 84 Rt.

Roggen loco 46 1/2 a 48 Rt., p. Frühj. 46 1/2 a

46 1/2 a 48 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni

46 1/2 a 48 Rt. bz., Br. u. Gd., 46 1/2 Br.,

Juni-Juli 47 a 48 1/2 Rt. bz., Br. u. Gd.,

47 Br., Aug. 47 1/2 a 48 1/2 Rt. bz., Br. u. Gd.,

47 Br., p. Sept.-Okt. 48 1/2 a 48 1/2 Rt. bz.,

Große Gerste 38 a 44 Rt.

Hafer loco 23 a 27 Rt., p. Frühj. 25 1/2 a 25

Rt. bz., p. Mai-Juni 25 1/2 Rt. bz., p. Juni-

Juli 25 1/2 a 25 1/2 Rt. bz., p. Juli-Aug. 25 1/2 Rt.

Rübsen loco 11 1/2 Rt. Br., p. Mai 11 1/2 a 11 1/2

a 11 1/2 Rt. bz., u. Br., 11 1/2 Gd., p. Mai-

Juni 11 1/2 a 11 1/2 Rt. bz., u. Br., 11 1/2

Gd., p. Juni-Juli 11 1/2 a 11 1/2 Rt. bz., u. Br.,

11 1/2 Br., p. Sept.-Okt. 11 1/2 a 11 1/2

11 1/2 Rt. bz., u. Gd., 11 1/2 Br.

Spiritus loco ohne Satz 19 1/2 a 19 3/4 Rt. bz., p.

Mai 19 1/2 a 19 3/4 Rt. bz., u. Gd., 19 1/2 Br.,

p. Mai-Juni 19 1/2 a 19 3/4 Rt. bz., u. Gd.,

19 1/2 Br., p. Juni-Juli 20 a 20 1/2 Rt. bz.,

Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 20 1/2 a 20 1/2 Rt. bz.,

Br. u. Gd., p. Aug.-Sept. 20 1/2 a 20 1/2 Rt. bz.,

Br. u. Gd., p. Sept.-Okt. 19 1/2 Rt. bz., p.

Okt.-Nov. 18 a 18 1/2 Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5 1/2 a 5 1/2, 0. u. 1. 4 1/2 a 5 1/2

Roggenmehl 0. 3 1/2 a 3 1/2, 0. u. 1. 3 1/2 a 3 1/2

(U. u. S. 3.)

Stettin, 2. Mai. Wetter: Schnee mit

Regen und Sturm. Wind: W. Temperatur:

+ 4° R.

Weizen loco p. 85 pfd. gelber nach Qua. 73 —

86 Rt. bz., 85 pfd. gelber p. Mai-Juni 87 1/2 Rt. bz., u. Br., 83 1/2 pfd. 83, 82 1/2 Rt. bz., 83 pfd. p. Juni-Juli 85 pfd. 87 1/2 Rt. Gd., 83 1/2 pfd. 81 Rt. bz., u. Br., p. Sept.-Okt. 83 1/2 pfd. 81 Rt. Br.

Roggen loco p. 77 pfd. 42 1/2 — 44 1/2 Rt. bz., 77 pfd. p. Mai 44 Rt. bz., p. Mai-Juni 44, 43 1/2 Rt. bz., p. Juni-Juli 44 1/2 Rt. bz., 45 Br., geftern Abend 44 Rt. bz., p. Juli-Aug. 45 1/2 Rt. bz., u. Br., p. Sept.-Okt. 46 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Okt.-Nov. 46 Rt. Br., 45 1/2 Gd.

Gerste loco p. 77 pfd. 38 — 43 Rt. bz.

Hafer p. 50 pfd. 26 — 27 1/2 Rt. bz.

Erbsen loco für Futter- bis kleine Koch- 44 —

49 Rt. bz.

Rübsen loco 11 1/2 Rt. Br., p. Mai geftern

Abend 11 1/2 Rt. bz., 11 1/2 Br., p. Juni-Juli 11 1/2

Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 11 1/2, 11 1/2 Rt. bz., u. Gd.

12 Br.

Spiritus loco ohne Satz 19 1/2 Rt. bz., p. Mai

Juni 19 1/2 Rt. bz., u. Gd., p. Juni-Juli 19 1/2

Rt. bz., 19 1/2 Br., p. Juli-Aug. 20 Rt. Gd., p.

Aug.-Sept. 20 Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 19 1/2

Rt. bz., u. Gd., 19 1/2 Br. (Okt. 34.)

Breslau, 2. Mai. Wetter: Das kühle und

unfreundliche Wetter hält an und zu mit Regen

an. Am frühen Morgen + 4°.

Weißer Weizen 82 — 83 — 90 — 93, gelb 72 —

76 — 80 — 87 Sgr.

Roggen, 60 — 62 — 65 Sgr.

Gerste, gelbe 48 — 53 Sgr., weiße bis 57 Sgr.

Hafer, 29 — 30 — 32 1/2 Sgr.

Erbsen 52 — 53 — 64 Sgr.

Kleeamen. Roggen 11 — 12 1/2 — 14 1/2 Rt., wei-

ßer 7 — 10 — 13 — 15 Rt.

Thymothee 9 — 10 1/2 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80

Tralles), 19 1/2 Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Mai 45 1/2

Mai-Juni 48 — 48 1/2 bz., Juni-Juli 48 1/2 — 48 1/2

bz., u. Br., Juli-Aug. 48 1/2 — 48 1/2 bz.

Rübsen loco 11 1/2 Rt. Br., p. Mai u. Mai-Juni

11 Br., Juni-Juli 11 1/2 Br., Sept.-Okt. 11 1/2

— 11 1/2 bz., 11 1/2 Br.

Spiritus loco 19 1/2 Gd., p. Mai u. Mai-Juni

19 1/2 bz., Juni-Juli 19 1/2 bz., Juli-Aug. 19 1/2

Gd., Aug.-Sept. 20 1/2 Br. (Br. Gd. bz.)

**Wollbericht.**

Wien, 27. April. Das Wollgeschäft ist auch

diese Woche lebhaft gewesen. obwohl die Woll-

lager nur schwach sind und die Umsätze daher

ziffermäßig nicht bedeutend sein können. In den

letzten Tagen wurden mehrere Posten gute wolle-

garische Mittelschur von einigen Bräun-

händlern aus dem Markte genommen, und er-

reichten Preise von 160 — 170 fl. Gegenwärtig

ist auch von dieser Gattung nur noch wenig, und

zwar Mittelqualität, auf dem Plage. In russi-

schen Wollen sind die Vorräthe namhaft, diese

sind jedoch bald geräumt werden. Außerdem sind

60 Ztr. geringe Sommerwollen mit 105 fl. ver-

kauft worden. Auf dem Zollamate wurden ver-

groben Wollen 100 Ztr. walachische Verberwollen

zu 65 fl. in Silber verkauft.

**Telegraphischer Börsenbericht.**

Hamburg, 2. Mai. Weizen loco nach

Auswärts sehr still. Roggen loco beachtet, Dan-

zig und Königsberg pro Mai-Juli a 76 — 77

zu kaufen. Del Mai 24 1/2, Oktober 25 1/2, Raff-

ruhig. Zink ohne Umlag.

Liverpool, 2. Mai. Baumwolle: 25,000

Ballen Umlag. Preise 1/4 höher als am vergan-

genen Freitag.

## Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 2. Mai 1861.

**Eisenbahn-Aktien.**

Nachn.-Düsseldorf	3 1/2	75 1/2
Nachn.-Münster	4	19 1/2
Amsterd. Rotterd.	4	78 1/2 u G
Berg. Märk. Lit. A.	4	59 1/2
do. Lit. B.	4	78 1/2
Berlin-Anhalt	4	118 1/2 — 18 1/2
Berlin-Hamburg	4	113 1/2
Berlin-Potsd. Magd.	4	139 1/2
Berlin-Stettin	4	111 1/2 — 112 1/2
Bresl. Schw. Freib.	4	97 — 97 1/2
Brieg-Magde.	4	—
Coln-Erfeld	4	—
Coln-Minden	3 1/2	145 1/2
Coln-Overb. (Witth.)	4	32 1/2
do. Stamm-Pr.	4	73 1/2
do. do.	4	80 1/2
Eisenb.-Rittau	5	—
Eisenb.-Schw. Verb.	4	129 1/2
Magdeb. Halberst.	4	213 1/2
Magdeb. Wittenb.	4	39 1/2 — 40 1/2
Mainz-Ludwigsh.	4	100 1/2 — 101 1/2
Mecklenburger	4	46 1/2
Münster-Dammer	4	93 1/2
Neustadt-Weidenb.	4	—
Niederschles. Märk.	4	96 1/2
Niederschles. Zweigb.	4	—
do. Stamm-Pr.	4	—
Rordb. Fr. Witth.	5	44 1/2
Oberchl. Lit. A. u. C.	3 1/2	117 1/2 — 17 1/2
do. Lit. B.	3 1/2	107 1/2
Dest. Franz. Staat.	5	127 1/2
Doppeln.-Larnowitz	4	33 — 33 1/2
Pr. Witth. (Stett.)	4	54 1/2

Die Haltung der heutigen Börse war feier und höher.

Rheinische, 4 80 G

do. Stamm-Pr. 4 91 B

Rhein-Nahabahn 4 22 B

Ruhrort-Erfeld 3 1/2 76 1/2 B

Stargard-Posen 3 1/2 83 G

Thüringer 4 105 1/2 B

**Bank- und Kredit-Aktien und**

**Anteilscheine.**

Berl. Kassenschein 4 114 G

Berl. Handels-Ges. 4 82 1/2

Braunschw. Bl. A. 4 66 B

Bremer do. 4 99 1/2 bz u B

Coln. Kredit-Do. 4 44 1/2

Danzig. Priv. Bl. 4 83 G

Darmstädter abgilt. 4 72 1/2 u 73 bz u B

do. Ber. Scheine 4 —

do. Zettel